

Ideen der Aufklärung und unterschiedliche Betrachtungsweisen der Französischen Revolution führen um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in Europa zu politischen Strömungen vor allem des Konservatismus und des Liberalismus. Auf diesen Grundlagen entstehen in den deutschen Staaten erste, unorganisierte Gesinnungsgemeinschaften. Aus den politischen Ideen erwachsen politische Bewegungen, die gewisse gemeinsame Grundüberzeugungen über die Gestaltung von Staat und Gesellschaft entwickeln¹. Diese Bewegungen sind - jedenfalls im Großherzogtum

Baden - auf die II.Kammer des Landtags als der politischen Institution bezogen, in der die jeweiligen führenden Persönlichkeiten ihre Anschauungen öffentlich machen können.

Wenn die politischen Bewegungen schon nach 1830 manchmal als „Parteien“ bezeichnet werden, können die Anfänge der Parteien in Deutschland in diesen Jahren des „Vormärz“ gesehen werden. Dabei wird der Begriff „Partei“ auf organisierte Gruppen angewandt, die das Ziel haben, die staatliche und öffentliche Willensbildung zu beeinflussen und ihre Vertreter in das Parlament entsenden zu lassen². Dort bilden sich Fraktionen, die durch den Aufschwung des Vereinswesens auf lokaler und der politischen Publizistik auf regionaler und gesamtdeutscher Ebene in den 1840er Jahren gestärkt werden und gleichzeitig die Politisierung immer breiterer Teile der Bevölkerung einleiten.

Unsere Aufgabenstellung wird also zunächst den Fragen nachgehen, welche politischen Strömungen in den ersten Jahrzehnten des

19. Jahrhunderts in Bretten festzustellen sind, wie daraus organisierte politische Gruppierungen werden, die vor allem bei der Vorbereitung von Wahlen aktiv werden. Dann muss es darum gehen, den politischen Kräften nachzuspüren, die in Parteien, Vereinen, Interessengruppen und den Kirchengemeinden ihre politischen Vorstellungen vertreten.

Die Brettener stadtgeschichtlichen Veröffentlichungen thematisieren unsere Fragestellungen

nur am Rande. Straub³ erarbeitet schwerpunktmäßig die Ereignisse 1848/49 und ihre Folgen. Withum⁴ bietet zwar eine Fülle von Material, geht jedoch überhaupt nicht auf das revolutionäre Geschehen ein, politische Strömungen und Parteien sind ihm nicht erwähnenswert; er versteht seine Schrift ja in erster Linie als Huldigung für Großherzog Friedrich I.. Heinrich Schlörer fasst in seiner „Brettener Revolutionsgeschichte 1848-49 Berichte, Briefe, Akten und Notizen von Brettener Zeitzeugen zusammen und veröffentlicht diese Aufzeichnungen in der von der Ortsgruppe Bretten der „Badischen Heimat“ herausgegebenen Monatsschrift „Der Pfeiferturm“⁵. Leider ungedruckt blieb bisher die Staatsexamensarbeit „Die Machtergreifung des Nationalsozialismus in der badischen Kleinstadt Bretten“ von Hansjörg Ebert⁶. Er greift in seinem ersten Kapitel „Rahmenbedingungen“ teilweise zeitlich zurück in die Jahre vor dem I.Weltkrieg.

BRETTEN UM 1900

Politische Strömungen und politische Parteien im großherzoglich badischen Bretten

Wolfgang Martin ✓

Biedermeier im badischen Bretten

Politisch beginnt für Bretten das 19. Jahrhundert am 29.September 1802, als ein badisches Militärkommando unter Hauptmann von Hoff vom Regiment „Erbprinz“ in die Stadt einrückt und die badischen „Besitzpatente“ am Rathaus und an den Toren der bisher

kurpfälzischen Amtsstadt anschlägt. Der Reichsdeputationshauptschluss zu Regensburg bestätigt die „napoleonische Flurbereinigung“ 1803, die Zerschlagung der Kurpfalz und die Rangerhöhung des badischen Markgrafen zum Kurfürsten (und 1806 zum

Großherzog). Der Herrschaftswechsel erfolgt in Bretten reibungslos, nicht zuletzt deshalb, weil die kurpfälzische Regierung in den Jahrzehnten zuvor durchaus bereit war, Stadt und Amt an Baden zu geben, und da die neue badische Verwaltung die alten kurpfälzischen Traditionen in den neu erworbenen Gebieten zunächst nicht antastet.

Im Vertrauen darauf erscheinen 1805 *städtische Bürgeroffiziere und Corporalschaften im Kurfürstlich badischen Amt* Bretten und ersuchen um die Genehmigung, das überkommene bürgerliche Freischießen und den *Auszug* wieder abhalten zu dürfen und von Staat und Stadt wie früher das *Schießgeld* zu erhalten⁷. Das Ansinnen einiger Brettener Bürger, die bis 1784 als „Offiziere und Corporale“ der städtischen Ausschussmannschaft ehrenamtlich tätig waren, steht zwar im Gegensatz zu den Vorstellungen der kurbadischen Verwaltung und des Brettener Stadtgerichts (Gemeinderates), es entspringt aber nicht irgendwelchen politischen Erwägungen, sondern dem Wunsch, altes Brauchtum wieder zu beleben, das damit verbundene Volksfest wieder zu feiern.

Neben diesen Motiven mag die Gründung des Brettener „Bürgermilitärcorps“ 1822 als Beginn des Aufkeimens bürgerlichen Selbstbewusstseins in Militärangelegenheiten, etwa in Erinnerung an die allgemeine Volksbewaffnung während der Französischen Revolution, aufgefasst werden. Die von Großherzog Ludwig 1824 *gnädigst bestätigten* Statuten des Corps zielen dann darauf, dieses bürgerliche Selbstbewusstsein rasch zu ersticken. Denn die verordneten Statuten sollen vor allem ein badisches Staatsgefühl erzeugen, das Militärcorps soll als Kristallisationskern zur Integration des neuen badischen Volkes dienen⁸. Der Erfolg bleibt nicht aus, wie die Festrede beim Volksfest 1831 bezeugt, die die Bürgertreue zum badischen Fürstenhaus hervorhebt⁹. Der Appell, die Einigkeit unter den vielfach zerstrittenen Brettenern zu stärken, könnte auch als Hinweis auf politische Zerstrittenheit aufgefasst werden, auf unterschiedliche politische Strömungen, die jedoch nirgends eindeutig zum Ausdruck gebracht werden.

Wohl wird 1820 in Bretten eine „Lese-gesellschaft“ gegründet, die für ihre Mitglieder, Besitz- und Bildungsbürger des Städtchens, Bücher und Zeitungen erwirbt¹⁰.

Landauf, landab gewinnen die Lese-gesellschaften große Bedeutung für die Verbreitung liberaler Ideen und Reden einzelner sich liberal nennender Abgeordneter in der II. Kammer des badischen Landtages. Als politische Organisation oder wenigstens als Träger einer politischen Strömung versteht sich die Brettener Lesegesellschaft aber nicht, ihr Angebot weckt allerdings politisches Interesse überhaupt. Die Nähe zum Liberalismus als einer Bewegung vornehmlich dieser Gesellschaftsschicht ist aber gegeben, auch wenn der Frühliberalismus nicht eindeutig einer gesellschaftlichen Gruppe zuzuordnen ist¹¹.

Der Grad der Politisierung der Brettener Bürgerschaft müsste sich am ehesten bei Wahlen zeigen. Die aus kurpfälzischer Zeit stammende Einrichtung der Gemeindepriester wird durch die großherzoglich badische Gemeindeordnung im Jahre 1809 abgelöst vom Bürgerausschuss. Die Bestellung seiner Mitglieder erfolgt in Bretten über Jahrzehnte hinweg ohne Rekrutierung durch politische Gruppen. Vielmehr ist sie dem Einfluss der im Stadtgericht maßgeblichen Persönlichkeiten der Brettener Oberschicht zuzuschreiben.

Die badische Gemeindeverfassung von 1807¹² schreibt vor: *Der aus der Mitte der Bürgerschaft genomme Vorgesetzte* (des Stadtgerichts) *führt den Namen eines Bürgermeisters*. Und die badische Gemeindeordnung von 1809 präzisiert: *Seine Ernennung geschieht aus der Bürgerschaft durch die Wahl der Bürger*¹³. Voraussetzung für das aktive und passive Wahlrecht ist die Eigenschaft des Wählers als Ortsbürger. Die Amtsdauer des gewählten Bürgermeisters ist zunächst unbegrenzt, endet durch Rücktritt oder Tod. Bis 1832 lösen sich allerdings in Bretten einzelne Mitglieder des Gerichts, d.h. des Stadtrates, etwa halbjährlich im Amt ab. Ranghöher sind ohnehin bis 1810 der frühere Anwalt und jetzige Oberbürgermeister Bechtold, der 1811 durch den vom Oberamt bestimmten Oberbürgermeister Dieterich abgelöst wird. (Partei-)politische Erwägungen sind bei den Wählern nicht zu erkennen. Die Bestellung zum Bürgermeister ist eher abhängig von dessen Möglichkeit, die Zeit für die ehrenamtliche Tätigkeit neben der beruflichen Inanspruchnahme aufzubringen.

Der Bürgermeister ist „1. Mitglied“, Vorsitzender des „Gerichts“ oder Stadtrates oder „Rats“, der die Stadtgemeinde *samt ihren Rechten vertreten muß*. Die maximal zwölf Mitglie-

der werden von dem Stadtrath oder Gericht selbst gewählt; sie werden also nicht durch Wahlen der Bürger bestellt, sondern kooptiert. An die Stelle der Vollversammlung aller Bürger tritt der Bürgerausschuss. Wahlberechtigt und wählbar dazu sind Orts- und (seit 1821) Schutzbürger, die je nach Steuerkraft in drei Steuerklassen eingeteilt sind. Der *Gemeinde- oder Bürgerausschuss* entscheidet über das Gemeindeeigentum und muss zu den Beschlüssen des Stadtrates gehört werden.. Der Stadtrat kann sich jedoch mit Zustimmung der staatlichen Behörde (Amt) über Mehrheitsbeschlüsse des Bürgerausschusses hinwegsetzen ¹⁴.

Die Struktur der staatlichen Selbstverwaltung ist vorgegeben durch das Ziel des „Begründers des badischen Staates“ (nach Franz Schnabel), des Freiherrn von Reitzenstein, ein streng bürokratisch- zentralistisches System zu schaffen, den patriarchalischen Obrigkeitsstaat ¹⁵. Dazu hemmen die einzelnen städtischen Einrichtungen einander durch gegenseitige Abhängigkeiten. Das garantieren die Anweisungen und (Nicht-)Genehmigungen der Beschlüsse der städtischen Selbstverwaltung durch das zuständige Oberamt bzw. seit 1813 Bezirksamt.

Wahlrecht besitzt der Bürger seit dem Inkrafttreten der badischen Verfassung im Jahre 1818. Sie schafft ein Zweikammersystem, der I.Kammer, in die Vertreter des Adels, der Universitäten und der Kirchen berufen werden. Die II.Kammer stellt die Volksvertretung dar ¹⁶. In den 56 Wahlbezirken Badens werden 63 Abgeordnete indirekt, d.h. über Wahlmänner, gewählt ¹⁷. Voraussetzung für das aktive Wahlrecht ist das Ortsbürgerrecht - das badische Staatsbürgerrecht genügt nicht - des volljährigen selbstständigen Mannes; ausgeschlossen sind damit *Hintersassen, Gewerbsgehilfen, Gesinde, Bedienstete*. Das passive Wahlrecht ist an einen Zensus gebunden; Vermögen und Einkommen sollen die Unabhängigkeit des Gewählten gewährleisten, der ohnehin Weisungen seiner Wähler nicht folgen darf. Dieser Qualitätsmaßstab kann nur von Gewerbetreibenden, Grundbesitzern, höheren Beamten erreicht werden. Das Wahlsystem ist zunächst an die absolute Mehrheit der Wahlmänner für einen Kandidaten geknüpft. Erreicht in einem Wahlbezirk kein Kandidat die absolute Mehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem die relative Mehrheit gilt.

Der 30. Wahlbezirk umfasst die Gemeinden der Ämter Bretten und Eppingen, zwei Ämter, die die Präambel des 2.Konstitutionsedikts von 1807 ¹⁸ charakterisiert: *Im Großherzogtum Baden, dessen Lage durchaus die eines Güterbauenden Staates ist, sind die größeren und wichtigen Gemeinden die Landgemeinden oder Dörfer, deren Haupteinrichtung auf Nahrung durch Ackerbau, Weinbau, Wiesenbau, Viehzucht und gemeine Handarbeit berechnet ist.* Mit Ausnahme der beiden Amtsstädtchen ist der Wahlbezirk rein landwirtschaftlich strukturiert. Und in den beiden Städten ist das Handwerk eher als kleingewerblich zu kennzeichnen. Auch der Anteil der Dienstleister ist verhältnismäßig gering, wenn man von den Staatsdienern in den Ämtern absieht.

Dem entsprechend stammen die Landtagsabgeordneten des Wahlbezirks anfangs nicht aus ihm. Ihre Namen, Berufe und Herkunftsorte weisen auf diese sozio-ökonomischen Verhältnisse hin. Einen Nachteil der ländlichen Wahlbezirke stellen auch - im Vergleich mit städtischen - die weiten Wege dar, die Kandidaten bei ihrer Wahlwerbung zurücklegen müssen und die den Bekanntheitsgrad lokaler Kandidaten beschränken. Parteien als organisierte und organisierende Einheiten existieren noch nicht, aber im Landtag gruppieren sich allmählich Gesinnungsfreunde, die eine geistig-politische Richtung bilden ¹⁹.

Von ihnen gehen die Wahlvorschläge aus, wenn nicht die staatliche Bürokratie ihren oft bestimmenden Einfluss geltend macht. Lediglich einmal während der ersten Phase des „Vormärz“, von 1825 -1830, sendet der Wahlbezirk Bretten/Eppingen einen Bürger aus dem Bezirk in die II.Kammer, Josef Beuttenmüller, den verhältnismäßig jungen, 1798 geborenen „liberalen“ Kaufmann und Kolonialwarenhändler aus Bretten. Wobei „liberal“ nicht die Zugehörigkeit zu einer Parteiorganisation meint - die gibt es ja noch nicht - , sondern die geistig-politische Nähe zu Verfechtern der Modernisierung des bestehenden bürokratisch-patriarchalischen Obrigkeitsstaates, des Fortschritts, der Freiheit in einer sich selbst bestimmenden bürgerlichen Gesellschaft ²⁰. Im Übrigen weist die Wahl des Bretteners auf das Vorhandensein „liberaler“ Anschauungen in der Kleinstadt hin und widerlegt deren Charakterisierung als „biedermeierlich“, ja sogar als politisch apathisch.

Vormärz : zweite Phase

Die im Ansatz feststellbare Politisierung der städtischen Bürgerschaft verstärkt sich in der zweiten Phase des „Vormärz“, der Jahre 1830 - 1848. Diesem Schub liegen verschiedenartige Ursachen zu Grunde. Die Juli-Revolution in Frankreich und die Einführung des konstitutionellen Königtums Louis Philippes in Paris lösen auch im badischen Großherzogtum politische Bewegungen aus unter Beteiligung breiter kleinbürgerlicher und bäuerlicher Schichten. In der Nachfolge des autoritären Großherzogs Ludwig wird 1830 dessen Bruder Leopold als „leutseliger Bürgerfreund“ begrüßt (1830 - 1852). Er sympathisiert anfangs mit der liberalen Reformeuphorie des 1831 neu gewählten Landtages, der als „parlamentarisches Volksfest des Liberalismus“ gefeiert wird. Die zeitweilig größere Pressefreiheit, vor allem die Parlamentsberichterstattung, mobilisiert auch den ländlichen Raum.

Für die politische Entwicklung besonders wichtig werden die Bürgerrechts- und die Gemeindegesetze von 1831/32. Während bisher, seit 1815, das Wahlrecht beschränkt war auf Ortsansässige mit Ortsbürgerrecht, also alle anderen Staatsbürger, z.B. Hintersassen und Juden, ausschließt, werden nun die Schutzbürgerverhältnisse aufgehoben, die Zahl der vollberechtigten Ortsbürger wird entscheidend vermehrt, die gemeinderechtliche Sonderstellung der Juden bleibt allerdings bis 1862 bzw. 1872 bestehen ²². Mit der Gleichstellung von Orts- und Schutzbürgern, der Schaffung des „Gemeindebürgers“, wird ein liberales Modernisierungsziel erreicht, die traditionale ständisch-korporative Geschlossenheit der Gemeinde gebrochen.

Gleichstellung bedeutet jedoch noch lange nicht politische Gleichberechtigung oder gar Gleichheit, der das Zensuswahlrecht, seit 1837 ein Dreiklassenwahlrecht, widerspricht. Voraussetzung für das Recht, Bürgermeister und Stadträte zu wählen, ist ein Mindeststeuerkapital, so dass etwa ein Viertel der Gemeindebürger nicht wählen kann. Das Dreiklassenwahlrecht für die Wahl des Bürgerausschusses teilt die steuerzahlenden Gemeindebürger ein in die Klasse der Höchst-, der Mittel- und der Niedrigbesteuerten. Dabei werden die städtischen Umlageeinnahmen rechnerisch gedrittelt. Die wenigen Steuerzahler, die zusammen ein Drittel der Stadtkasseneinnahmen

abführen, bilden die I. Klasse und wählen ein Drittel der Bürgerausschussmitglieder. Das zweite Drittel wird von den mittleren Steuerzahlern gewählt. Die meisten Wähler gehören der III. Klasse an und wählen das letzte Drittel der Mitglieder des Bürgerausschusses (eine spätere Regelung sieht ein Neuntel - zwei Neuntel - sechs Neuntel vor, ein Zugeständnis an die Masse der kleinen Leute). Diese ungleiche Gewichtung der Wählerstimmen ist allerdings nicht allein Ausfluss einer restaurativen Bürokratie und konservativer Sorge um den Fortbestand des Althergebrachten, sondern entspricht durchaus auch dem liberalen Verständnis einer bürgerlichen Gesellschaft. Danach ist das Besitz- und Bildungsbürgertum Träger des Staates, Wortführer der Interessen des gesamten Volkes, auch wenn dieses Bürgertum längst nicht dessen zahlenmäßige Mehrheit bildet.

Dieser liberal-bürgerliche Führungsanspruch bei der politisch-weltanschaulichen Meinungs- und Willensbildung wird zusätzlich begünstigt durch das System der indirekten Wahlen. Während nach dem Rücktritt Gaums als Bürgermeister sein Nachfolger, Anton Martin, 1832 noch direkt von den Wahlbürgern bestellt wird, verdankt dessen Nachfolger, Jakob Groll, sein Bürgermeisteramt dem Gemeinderat und dem Bürgerausschuss ²³, wobei zu beachten ist, dass der Gemeinderat vom Bürgerausschuss gewählt wird. Und bei den Wahlen zum Landtag werden bis 1904 die Wahlen der Wahlmänner zur eigentlich entscheidenden Weichenstellung. Wahlmänner- und Bürgerausschusswahlen tragen erheblich zur politischen Mobilisierung in Stadt und Land bei, die bei zunehmenden sozialen Spannungen teilweise radikale Formen annimmt.

Wahl und Amtsführung des Bürgermeisters Anton Martin geben Einblicke in die gesellschaftliche und politische Situation Bretzens im Vormärz. Bemerkenswert ist zunächst die Wahl des aus Neibsheim zugewanderten Katholiken in einer Stadt mit einer Dreiviertelmehrheit evangelischer Einwohner. Er heiratet in erster Ehe die verwitwete Juliana Doller geb. Baum und bleibt damit im katholischen Milieu. Aber er öffnet sich damit die Tür zur wohlhabenden Brettener Honoratiorenschicht. Die Qualifikation des erfolgreichen Kaufmanns für das zeit- und arbeitsaufwändige

Ehrenamt ist den Wählern offensichtlich wichtiger als die „richtige“ Konfession. Ob darin schon eine im weiteren Sinne liberale Gesinnung zum Ausdruck kommt, muss angesichts der Quellenlage offen bleiben. Feststellbar ist aber der Dauerkonflikt zwischen Bürgermeister Martin und dem Oberamt. Für die aus oberamtlicher Sicht selbstherrliche Verlängerung der Polizeistunde für eine Tanzbelustigung der Brettener Rekruten 1841 erhält Martin einen Verweis des großherzoglichen Bezirksamtes. Ein Jahr später wirft das Bezirksamt dem Bürgermeister Dienstvergehen und -versäumnisse vor, ebenso Entscheidungen gegen amtliche Verfügungen. Der Bürgermeister tue so, als seien seine Beschlüsse unverbesserlich, das Amt habe sie lediglich zu genehmigen. Diese Aufkündigung des Gehorsams sei an sich aufs Schärfste zu bestrafen, da Verweise nichts nützten. Aber das Amt nehme an, der Bürgermeister kehre zur Subordination zurück ²⁴. Das tut er nicht, sondern tritt 1844 zurück. Städtisches Selbstbewusstsein, traditionelle Bürokratiefeindlichkeit, bürgerliche und bäuerliche Gegnerschaft den Staatsdienern gegenüber begründen einen Nährboden, auf dem auch ohne organisatorische Bindungen eine Art „Gemeindeliberalismus“ wachsen kann ²⁵.

Möglicherweise im Zusammenhang mit der zum Teil positiv beurteilten Amtsführung Martins und seinem Rücktritt sowie der Wahl seines Nachfolgers Jakob Groll steht ein Ereignis, das in Bretten den Höhepunkt einer Entwicklung darstellt, aber in der städtischen Geschichtsschreibung totgeschwiegen wird. Die Mannheimer Abendzeitung berichtet am 11. Oktober 1844 ²⁶ *von einem Schuß in das Fenster des wiedergewählten Bürgermeisters Germe* (muss heißen : Groll ²⁷). Wer die *verabscheuenswürdige That* zunächst als Privatrache erklären möchte, wird im Folgenden eines Besseren belehrt : *Den muthmaßlichen Grund dieser That, über die man sich auch in hiesiger Gegend ziemlich unverholen ausspricht, sucht man darin, dass der Bürgermeistewahl nicht ihr freier Lauf gelassen, sondern dieselbe auf mannigfache Weise beherrscht wurde. Wie viel daran lag und wie viele zum Theil unberufenes Interesse an dem Resultate der Wahl nahmen, kann man daraus ersehen, dass nach der Wiedererwählung Germes ein ganzer Wagen voll Mitinteressierter in Bretten geholt wurde, um den errungenen Sieg feiern zu helfen. - Eine Folge der Wahleinmischung ist erbitterte Parteiung und jener Schuß muthmaßlich die Folge dieses Zerwürfnisses, deren Verantwortung Die übernehmen mögen, welche die Wahl zu beherrschen suchten.*

Johann Jakob Grolls (Wieder-)Wahl zum Bürgermeister ist demnach nicht Ausdruck des Vertrauens der Mehrheit, sondern erfolgt durch „Wahleinmischung“. Wer, welche Gruppierung hat sich da erfolgreich eingemischt ? Der Zeitungsbericht belässt es bei Andeutungen. Staatliche Manipulation oder Konflikte innerhalb der städtischen Bürgerschaft ? Während der revolutionären Stimmungslagen in Bretten vier Jahre später ist von „Aristokraten“ und „Demokraten“ die Rede, also von konstitutionellen Liberalen, der Schicht der Brettener Honoratioren, und den sozial Schwächeren, in der Gesellschaft weniger angesehenen und kaum einflussreichen breiteren Schicht des (alten) Mittelstandes. Groll, Seilermeister, zählt eher zur ersten Gruppe, sonst wäre er nicht schon sehr früh im Gemeinderat und öfter als Bürgermeister tätig gewesen. Das könnte - die Quellen geben nicht mehr preis - darauf schließen lassen, dass der „Attentäter“ im Umfeld der zweiten Gruppe zu suchen ist, aus der sich dann 1848/49 die „Radikalen“, die Republikaner rekrutieren.

Von einer „Massenbasis des vormärzlichen Liberalismus“ kann in Bretten dennoch nicht gesprochen werden. Als Hinweise darauf gelten im Allgemeinen Vereine und Volksfeste. Der Gründung des „Bürgermilitärcorps“ 1822 folgt das von der großherzoglichen Regierung erlassene Vereinsstatut, nach dem die Bürgerwehr die Aufgabe hat, den großherzoglichen Staat zu kräftigen, dem „badischen Volk“ ein eigenes Staatsgefühl zu vermitteln ²⁸. Politische Regungen unterliegen diesem Ziel der Instrumentalisierung durch den Staat. Das an sich von der Bürgerwehr getragene Schützenfest wird zunehmend zum von der Stadtverwaltung bestimmten Volksfest mit den Zielen „Volksvergnügen“ und Interessenwahrung der Geschäftsleute - die Bürgerwehr hat als „Hilfstruppe der Staatsbehörden“ die gut bürgerliche Ordnung zu gewährleisten. Vom Bezirksamt immer wieder angeprangerte ausschweifende Reden und Taten werden vom Gemeinderat eher als Folge reichlichen Alkoholenusses denn als politische Aufmüpfigkeit eingestuft.

Vereine wie der Gesangverein „Liederkranz“ und der Turnverein (1846/47) entstehen im Landesvergleich „eher später“ ²⁹, können also im Vormärz nicht als oppositionelle Plattformen dienen.

Die Wahlen zur II.Kammer des badischen Landtags im Wahlbezirk Bretten/Eppingen bringen den Karlsruher Gemeinderat Anton Regenauer ins Parlament. Von 1831 bis 1846 vertritt der Ministerialrat und zeitweilige Finanzminister den Wahlkreis, der damit als Domäne des überzeugten Vertreters des Regierungsstandpunktes konservativ bestimmt wird³⁰. Erst 1847 wählen die Wahlmänner des Wahlkreises mit Adam von Itzstein einen Liberalen, Hofgerichtsrat aus Mannheim, während Regenauer nach der Landtagsauflösung 1846 in Bretten scheidet³¹.

Politische Parteien gibt es in Bretten im Vormärz ebenso wenig wie anderswo. Aber auch politische Bewegungen als Vorformen sind in Bretten nicht auszumachen. Politisch Bewegte nach dem Vorbild der Mitglieder der II. Kammer des Landtags vereinbaren sich für bestimmte kommunal- und landespolitische Entscheidungen. Wenn sich Einzelne dabei als „Liberales“ bezeichnen, so bedeutet das noch kein Bekenntnis zu einer der „liberal“ sich verstehenden „Fraktionen“ im Parlament, etwa den „konstitutionellen Liberalen“, den „linken Liberalen“, den „Radikalen“ oder „Demokraten“³², die nach 1840 teilweise als „republikanische“ Gruppe auftritt. Liberal nennen sich alle, die Bezeichnung wird im Vormärz zum politischen Mode- und Reizwort³³. Neben diesem Spektrum des Liberalismus sitzen im Landtag die konservativen Gesinnungsfreunde, kirchentreue Katholiken wie Protestanten, die in Monarchie und Kirche die Grundpfeiler der Stabilität sehen. Regenauer verkörpert in und für Bretten diese Weltanschauung.

Weder konservative noch liberale Vereinigungen sind in Bretten in den 40er Jahren feststellbar. Es existiert der „Bürgerverein Eintracht“, der jedoch „gewiß keine politische Organisation der Opposition“ ist³⁴. Interesse an politischen Themen ist in Bretten dennoch vorhanden. Als der Bürgerverein 1845 einen Rechtspraktikanten einladen möchte, *kurze Erläuterungen und Erklärungen zur Verfassungsurkunde* (von 1818 !) und *Gemeindeordnung* vorzutragen, verbietet der Amtmann die Veranstaltung, weil der Vereinszweck nach dem Vereinsstatut lediglich *der Aufbeiterung und des geselligen Vergnügens* diene. Zeitungen und Zeitschriften liegen trotzdem in der Vereinsbibliothek auf.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Bürgerausschuss und in der Folge zu Gemeinderat

und Bürgermeister spiegeln die Kontinuität des Wählerverhaltens wider : keine Interessengruppen, keine parteilichen Zuordnungen bei der Aufstellung der Kandidatenliste - es gibt jeweils nur eine -, Bretten ist nach wie vor handwerklich-landwirtschaftlich geprägt. Bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt 1848 sind 70 Landwirte wahlberechtigt, 26 Schuhmacher, 23 Maurer, 20 Weber, 19 Schneider, 15 Bäcker usw., insgesamt etwa 300 Handwerker. Dagegen stehen u.a. 15 Kaufleute, 6 Ärzte, 36 staatlich, kirchlich oder städtisch Beschäftigte³⁵. Diese sozio-ökonomischen Gegebenheiten werden allerdings zunehmend brüchig durch konjunkturelle und strukturelle Veränderungen, deren Auswirkungen sich zunächst nicht in den kommunalen Entscheidungsgremien niederschlagen.

Das Bevölkerungswachstum liegt in der Stadt weit unter dem Landesdurchschnitt, aber doppelt so hoch wie im gesamten Amtsbezirk. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Auswanderung. Obwohl lohnabhängige Arbeiter - es gibt noch wenige - nicht wahlberechtigt sind, tauchen in der Wählerliste von 1848 immerhin 28 Tagelöhner auf. Um ihre Existenz ringen die Hafner, Säckler, Siebmacher, Nagel- und Kupferschmiede, Feilenhauer und Knopfmacher. Außerdem stehen vor allem die Kleinhandwerker unter sich in hartem Konkurrenzkampf. Gemeinsam ist allen die Notwendigkeit, über landwirtschaftlichen Nebenerwerb zur Deckung des Eigenbedarfs ihre Familie zu ernähren. Insgesamt entwickelt sich ein Potential Unzufriedener, das zu sozialen Spannungen und der Bereitschaft führt, Veränderungen auch auf gewaltsamen Wegen zu erzwingen.

Für öffentliches Aufbegehren reicht es jedoch noch nicht, noch fehlt der zündende Funke. Die gewählten Wahlmänner für die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt belegen das Beharren der Mehrheit auf hergebrachten Verhältnissen. Vom 28. März 1848 stammt das Verzeichnis der zehn höchstbesteuerten Bürger Brettens³⁶.

1. Paravicini, Wilhelm, Oekonom³⁷,
38 340 Gulden Steuerkapital
2. Paravicini, Louis, Posthalter und Wirt,
34 840 fl
3. Bürk, Christian, Partikulier³⁸,
24 840 fl
4. Beutenmüller, Josef, Kaufmann,
22 725 fl

5. Lindner, Andreas, Kaufmann, 18 550 fl
6. Schlucht, Christian, Müller, 17 490 fl
7. Kramer, Ferdinand, Müller, 15 050 fl
8. Mondon, Carl, Rotgerber, 12 800 fl
9. Salzer, Ernst, Apotheker, 12 500 fl
10. Herzer, Franz Jakob, 12 010 fl

Zu Wahlmännern aus Bretten werden gewählt:

1. Beuttenmüller, Josef, Kaufmann, 423 Stimmen
2. Groll, Jakob, Bürgermeister, 391
3. Paravicini, Louis, Posthalter und Wirt, 391
4. Moderi, Franz, Braumeister, 362
5. Herzer, Franz, Braumeister, 360
6. Paravicini, Theodor, Kaufmann, 313
7. Stadler, Heinrich, Arzt, 307

Das heißt: Drei von sieben Wahlmännern gehören zu den zehn Höchstbesteuerten. Vier weitere Höchstbesteuerte, Salzer, Mondon, Lindner, Wilhelm Paravicini, kandidieren ebenfalls, erhalten aber einige Stimmen weniger als die sieben Gewählten, von denen drei Gastwirte (Braumeister) sind. Alle besitzen auf Grund ihrer Berufe einen hohen Bekanntheitsgrad. Die Wähler erachten sie ihrer beruflichen Erfolge wegen als kompetente Vertreter der Stadt bei der Bestellung des Mitgliedes der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Zum Wahlkreis gehören die Gemeinden der Bezirksämter Philippsburg, Bruchsal, Bretten und Eppingen.

Die Revolution von 1848/49 und Bretten

Alfred Straub ³⁹ zeichnet die Ereignisgeschichte der Jahre 1848 und 1849 und deren Hintergründe in Bretten und Umgebung genau nach, auch gestützt auf Quellmaterial aus der Zeit und unmittelbar danach ⁴⁰. Welche politischen Strömungen und Parteien treten zu Tage? Die sog. Märzereignisse 1848 tragen zwei Gesichter. Zum einen handelt es sich um Judenkrawalle, die wohl am 6., 7. und 10. März eine große Menge Menschen sich zusammenrotten ließ. Es seien dabei zwar „revolutionäre Lieder“ gesungen worden, mit den revolutionären Zielen hatten die Randalierer aber nichts gemein. Ihnen ging es um den Erlass ihrer Schulden bei jüdischen Kaufleuten und um den Verzicht der jüdischen Bürger auf die mit dem Bürgerrecht gekoppelte Bürgerschaft, das unentgeltliche Gabholz. Damit kommt das andere Gesicht dieser Exzesse zum Vorschein. Die II. Kammer des Landtags hatte schon 1846 über ein Gesetz zur Gleichstellung der Israeliten diskutiert, und im Februar 1848 hatte der liberale Abgeordnete Brentano beantragt, sie *in den Vollgenuß aller bürgerlichen Rechte* einzuweisen. Für junge Brettener bedeutete ein solches Gesetz jüdische Konkurrenz bei der Zuweisung des Gabholzes, eine neue Situation, gegen die sich Jung und Alt wehren. Die Widersprüchlichkeit zwischen dem Inhalt ihrer revolutionären Lieder und ihrem materiellen Ziel wird ihnen nicht bewusst. Die Ereignisse in der ersten Märzhälfte 1848 in Bretten sind Ausflüsse einer revolutionären Stimmung, keine liberalen oder gar republikanischen Ideale.

Die Berufung auf *Jahrhunderte alte Tradition* verstummt in den nächsten Monaten, angestoßen vom Gang der Revolution in Baden. Nach dem Gesetz über die Errichtung von Bürgerwehren vom 1. April 1848 wird auch in der Amtsstadt eine Bürgerwehr ins Leben gerufen. Zum Ersten Kommandanten wird Posthalter und Gastwirt Ludwig Paravicini, zum Zweiten Kaufmann Josef Beuttenmüller gewählt, Persönlichkeiten, die bisher als Höchstbesteuerte und Gemeinderäte zum Kreis der Honoratioren gehören. Die Mannschaften lassen sich allerdings offensichtlich von republikanischen Reden beeindrucken, sie verweigern das Exerzieren und den Eid auf den Großherzog. Hier äußert sich erstmalig politisches Protestpotential. Als am 13. April 1848 in Bretten die Nachricht eintrifft, Friedrich Hecker plane einen Siegesmarsch von Konstanz nach Karlsruhe, um die deutsche Republik zu gründen, versammeln sich die Brettener Anhänger Heckers in bestimmten Gasthäusern, lassen ihren Helden hochleben und sind sich einig, ihn in Bretten begeistert willkommen zu heißen, wenn er hierher komme. Selbst am Heckerzug teilzunehmen wird offenkundig nicht erwogen, dafür reicht die persönliche Einsatzbereitschaft nicht aus.

Am 15. Mai 1848 treten in Bretten die 145 Wahlmänner des Wahlkreises zur Wahl ihres Abgeordneten in der Deutschen Nationalversammlung zusammen. Mit der absoluten Mehrheit von 95 Stimmen wählen sie Adam von Itzstein, „Vater Itzstein“, wie Georg Wörner ihn in seinen Notizen nennt ⁴¹. Er

ist seit Ende der 20er Jahre Mitglied der II.Kammer, seit 1846 für den Wahlkreis Bretten. Je nach der Perspektive wird er dem linken Flügel der Liberalen und damit den „Heckersleuten“ zugerechnet⁴², nach der seit 1843 bestehenden Sitzordnung des Landtags (Linke - Mitte - Rechts) zur Mitte, den gemäßigten Liberalen⁴³. Da nicht bekannt ist, wie die Wahlmänner aus der Stadt Bretten abgestimmt haben, lässt sich aus seiner Wahl nicht auf die politische Stimmung in der Stadt schließen.

Zustimmung in der städtischen Einwohnerschaft wird aber in der Reaktion auf das Wahlergebnis dokumentiert. Alle Zeitzeugen berichten von heller Begeisterung, schwarzrot-goldenen Fahnen und Girlanden, gleich drei Freiheitsbäumen, die vor dem Rathaus, im Oppenloch und auf dem Exerzierplatz der Bürgerwehr im ehemaligen Garten des Kapuzinerhospizes aufgestellt worden sind. Wohl von zwei Revoluzzern, die später, um der Strafe zu entgehen, nach Amerika auszuwandern, stammt das Poem: *Der Freiheitsbaum im Oppenloch*. Kräftig derb schildern sie das Freiheitsfest, das mit Most, Bier und Wein gefeiert wird. Bemerkenswert ist die Belehrung, die Konditormeister Josef Gaum, im Juli 1849 verhaftet, den aufgeheizten Gemütern erteilt:

*Freiheit thut ein mancher denken,
wer kann uns die Freiheit schenken ?
Ich aber sage : Nein !
Die Freiheit muß errungen sein !⁴⁴*

Der Appell zum aktiven revolutionären Engagement verhallt allerdings zunächst, die meisten Brettener sind nach wie vor vergangenheitsorientiert, zumindest abwartend. Die Nachricht vom Struve-Putsch in Lörrach, der nach vier Tagen in Staufen bei Freiburg endet, verpufft zwar nicht im Freudengeschrei, denn die hiesigen Republikaner beraten immerhin, ob sich nicht das erste Aufgebot der Bürgerwehr in den Struvezug einreihen sollte. Man entscheidet sich jedoch letztlich dafür, abzuwarten, bis Struve gesiegt habe. Es ist ja auch nicht einfach, sich für eine „Republik“ einzusetzen, ohne recht zu wissen, was sie bedeutet: Für viele Kleinbauern Abschaffen von Hunger, Seuchen und Schuldknechtschaft⁴⁵, für Handwerker Abwehr der Konkurrenz, für die Kaufleute Wirtschaftsfreiheit, aber auch staatliche Abwehr der Gefahr der Veränderung der Besitzverhältnisse, also einen starken, effektiven Staat, der soziale Unru-

hen unterdrückt. Gegensätzliche Erwartungshaltungen hemmen Entscheidungen nicht nur in der Frankfurter Paulskirche, sondern auch auf lokaler Ebene.

Während dort fast 600 Abgeordnete der deutschen Nation einen Berg von Problemen lösen sollen, die Bildung einer Zentralgewalt, die Wahl des Erzherzogs Johann von Österreich zum Reichsverweser, die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung, die Grundrechts- und Verfassungsfrage und schließlich die Frage nach den Grenzen des neuen Nationalstaates (kleindeutsch - großdeutsch), erlahmt der politische Elan in Bretten. Der 1846 begründete Turnverein erscheint nicht, wie andernorts, als Kern revolutionärer Aktivitäten. Es ist nicht überliefert, ob die deutliche Mahnung von Philipp Staatsmann nachwirkt, die der Vorstand der höheren Bürgerschule in Bretten, Mitinitiator des Turnvereins, in seinem Bericht über das Schützenfest 1846 und das erste Auftreten von Turnern dabei so ausgedrückt hat: *...und spricht den Wunsch aus, dass zum Bestehen des Turnens nicht nur alles vermieden werde, was dem Turner fremd ist, sondern dass auch nicht durch unvorsichtige und unbesonnene Äußerungen Einzelner die deutschen Regierungen auf den Verdacht gerathen, als würden bei dem Turnen auch andere Zwecke verfolgt, die nicht gut geheißen werden können*⁴⁶.

Erst Kaufmann Jakob Autenrieth ändert die Situation in der Stadt. Im Herbst und Winter 1848/49 werden im gesamten Großherzogtum Baden „Volksvereine“ gegründet als Basis und Antriebskräfte der Revolution. Nachdem der Versuch Autenrieths, den Leseverein in einen republikanisch-politischen Volksverein umzuwandeln, am Widerstand mehrerer Mitglieder dieses Vereins gescheitert ist, gründen er und einige Republikaner den Brettener Volksverein. Ihre politische Agitation, auch in den Dörfern des Amtsbezirks, lässt seine Mitgliederzahl innerhalb weniger Monate auf 160 anschwellen. Dagegen setzt Posthalter und Ritterwirt Louis Paravicini seine Erwägung, eine politische Gegenorganisation aufzubauen, einen „vaterländischen Verein“. Er bespricht sein Vorhaben mit Oberamtmann Pfister, der jedoch abrät, *in dem er dafür hielt, dass der Volksverein aus soviel unlauteren Elementen zusammengesetzt sei, dass er sich nicht für die Dauer halten könne und ohne Gegenwirkung in sich selbst zerfallen würde*⁴⁷. Da die meisten ihm Gleichgesinnten ähnlich argumentieren, lässt er von seinem Vorhaben

ab. *Ich bedauere jetzt* (d.h. nach dem Scheitern der Revolution) *um so mehr, dass ich von meinem Vorhaben zurücktrat, denn jetzt brüsten sich manche mit ihrer loyalen Gesinnung, die damals sehr zweifelhaft waren.*

Es gibt demnach anfangs des Jahres 1849 in Bretten zwei politische Richtungen, der „Volkverein entschiedener Demokraten“ mit dem sehr engagierten Kaufmann Autenrieth als anerkannter Führungsfigur der Ortsgruppe der Republikaner, die eine relativ straffe Organisationsstruktur mit der Spitze, dem Landsausschuss in Mannheim, aufgebaut haben. Ihre Ziele sind die Abschaffung aller Vorrechte, die Selbstregierung des Volkes durch das Volk, Wohlstand und Bildung für alle, Ausgleich zwischen Arm und Reich : die soziale Republik, geschaffen durch die Revolution. Ihre Strategie sieht Neuwahlen des Landtags statt des bisherigen mit seiner liberalen Mehrheit vor zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung und Parlamentarisierung der neuen badischen Landesregierung. Das politische Programm der Volksvereine spricht vor allem die sozial schwachen Schichten an, die von den Liberalen völlig vernachlässigt worden sind. Entsprechend ist die Zusammensetzung des Brettener Volksvereins. Den Vorstand bilden neben Autenrieth zwei Kaufleute, zwei Handwerker und der „junge“ Pfälzerhofwirt Josef Strieder (er ist immerhin 37 Jahre alt !). Die Mehrheit der Mitglieder gehört dem 1. Aufgebot der Bürgerwehr an, ist also nach den Statuten höchstens 30 Jahre alt und unverheiratet. Diese Mitgliederstruktur veranlasst die Etablierten in der Stadt zu der in allen Quellen auftauchenden Geringschätzung des Volksvereins.

Die zweite politische Richtung weist keinerlei Organisationsformen auf; es sind die von Louis Paravicini genannten „Gleichgesinnten“. Sie sind der im Landtag wechselnd stark vertretenen Gruppe der konstitutionellen Liberalen zuzuordnen. Es sind vor allem Besitz- und Bildungsbürger, die sich als Wortführer der Volksinteressen verstehen und dabei eine Art Meinungsmonopol beanspruchen. Ihr Ziel ist ein freier Staat mit einer geschriebenen Verfassung, an die der Monarch gebunden ist, mit starker Volksvertretung. Sie wenden sich gegen die staatssozialistischen Forderungen

der Radikalen, gegen „die Begehrlichkeit der Massen“, haben kaum Verständnis für die aufgekommene soziale Problematik. Es kann nicht verwundern, dass einer ihrer führenden Köpfe in Bretten, Louis Paravicini, als *Hauptaristokrat* diffamiert wird. Und wenn sie zusammen mit großherzoglichen und städtischen Bediensteten als „konservativ“ eingestuft werden, bedeutet das nicht die Hinwendung der gemäßigten Liberalen zum Denken und Handeln der Gruppe von Landtagsabgeordneten, die als „konservative Rechte“ bezeichnet wird. Für die Linke ist alles rechts von ihr „konservativ“.

Das Scheitern der badischen Revolution wird zurückgeführt auf die fehlende Homogenität ihrer Trägerschichten, Bürger, Bauern und Arbeiter verbindet keine gemeinsame Interessenslage, und die Überlegenheit der preußischen und Reichstruppen über badische Soldaten und Freischärler⁴⁸. Es folgen die Jahre der Reaktion. Preußische Besatzung, Verhaftungen, Strafprozesse, Einzel- und Kollektivstrafen, wirtschaftliche Not, Auswanderung, Polizeistaat mögen dafür als Stichworte dienen. Das Vereins- und Versammlungswesen wird noch strenger gehandhabt als im Vormärz, politische Vereine sind grundsätzlich verboten, andere von einer Staatsgenehmigung abhängig. Auch der Brettener Volksverein ist am Ende. Die Reste der *demokratischen Parthey*, wie Oberamtmann Flad schreibt⁴⁹, sind *unschädlich*, auch wenn einzelne Anhänger sich noch im „Pfälzer Hof“ treffen. Die Mehrheit der Bevölkerung habe eine *entschiedene Sinnesänderung* vollzogen. Kein nunmehr getreuer Untertan will etwas mit den zügellosen Radikalen gemein gehabt haben. Und wenn die Teilnahme von Honoratioren nicht zu leugnen ist, dann wird sie gerechtfertigt : *Die besseren Bürger wollten dem unvernünftigen Treiben einen Damm entgegensetzen*, wollten also „Schlimmeres verhindern“⁵⁰. Die Erfahrungen mancher bisher engagierter Brettener münden in Lethargie, Rückzug in das Private, da *alles politische Getriebe zu nichts Gutem führt*⁵¹. Straub sieht in dieser Haltung das Bild des unpolitischen Deutschen aufleuchten. Im Landtagswahlkreis Bretten wird 1850 Prof. Karl Theodor Welcker, Karlsruhe, gewählt. Der Bürgerausschuss setzt sich in etwa wie vor der Revolution zusammen. Als Bürgermeister wird, wie 1844, Jakob Groll bestellt.

Mit Großherzog Friedrich I. beginnt in Baden politisch eine neue Zeit. Er gilt als gemäßigt liberal, fortschrittlich, modern. Bei den Landtagswahlen 1857 werden die Liberalen wieder die stärkste politische Kraft, drei Jahre später wird in Baden im Prinzip die parlamentarische Monarchie eingeführt, die Liberalen sind aus einer Umsturzpartei zur Regierungspartei geworden. Ihre führenden Vertreter werden Minister, die gemeinsam mit dem Großherzog ein gewaltiges Reformwerk beginnen⁵². Von Außenminister Roggenbach gefördert gewinnt der Brettener Landtagsabgeordnete Ludwig Paravicini (MdL von 1851 - 1878) eine herausragende Stellung in Parlament und Fraktion. Immerhin zeigt die Entsendung des Brettener Kommunalpolitikers, dass es hier noch Bürger gibt, die als Wahlmänner Verantwortung zu übernehmen bereit sind, und Wähler, die sie damit beauftragen. Politische Friedhofsruhe ist in Bretten also keineswegs eingetreten. Wie im Landtag die (National-)Liberalen (bis 1891) die absolute Mehrheit der Mandate halten⁵³, so bestimmt in Bretten die liberale Honoratiorengruppe die Stadtpolitik. Sie stellt die Kandidatenliste bei den Wahlmännerwahlen auf, sie präsentiert die Landtagskandidaten, sie gibt den Ausschlag bei der Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeister Groll, Ludwig Paravicini und Christoph Herzer. Aber wie im Landtag haben sie auch Anteil am folgenschweren Strukturprinzip des Liberalismus, dem Anspruch auf das Weltanschauungsmonopol, das keinen Meinungspluralismus dulden möchte und sich auch vor Gesinnungsterror nicht scheut⁵⁴. Der katholische Stadtpfarrer Gugert urteilt über Paravicini: *Er hat für das Emporblühen(Brettens) Vieles getan, dagegen aber den Katholiken furchtbar geschadet*⁵⁵.

Nach dem Beginn des badischen Kirchenkampfes 1853/54 vergrößert sich die Kluft zwischen den beiden christlichen Konfessionen. Im Jahr 1868 beschließt der damals rein protestantisch besetzte Gemeinderat, die Vereinigung der beiden konfessionell getrennten Hospitalfonds zu beantragen. Nach Ansicht der Brettener Katholiken bedeutete dies die Enteignung von 44 000 Gulden Stiftungs-

kapital. Sie protestieren und prozessieren bis zum Oberhofgericht, allerdings vergeblich⁵⁶. Als das badische Schulgesetz die konfessionellen Volksschulen zugunsten der staatlichen Simultanschule aufhebt, verschärft sich der Gegensatz Katholiken - (liberale) Protestanten. Im ganzen Land verbreitet sich die „Casino-Bewegung“ zur Verteidigung katholischer Interessen. Aus diesen wandernden Agitationsveranstaltungen erwachsen in vielen mehrheitlich katholischen Gemeinden Gruppierungen, die sich schließlich 1869 zur „Katholischen Volkspartei in Baden“ zusammenfinden. In Bretten kommt es vor dem I. Weltkrieg nicht zur Gründung einer Ortsgruppe der seit 1888 unter „Badisches Zentrum“ wirkenden Partei, aber zahlreiche Brettener Katholiken sympathisieren mit ihr. Sie gewinnt Zustimmung auch bei der ländlichen katholischen Bevölkerung, die sich wirtschaftlich benachteiligt sieht durch die Folgen des Gewerbesetzes im Zuge der liberalen Wirtschaftspolitik. Die sozialen Forderungen stehen beim Zentrum zwar nicht an der Spitze des Programms, dennoch fürchten viele Liberale in ihm einen „Communismus in der Kutte“⁵⁷.

Da in den 60er Jahren die verschiedenen politischen Strömungen im Großherzogtum feste Konturen entwickeln, 1865 sich 20 liberale Abgeordnete der II. Kammer von der liberalen Fraktion abspalten und die „Fortschrittspartei“ gründen, kann der eigentliche Beginn des politischen Parteiwesens in Baden im 7. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts gesehen werden. Freilich immer noch weitgehend ohne Parteiorganisationen, die erst im letzten Jahrzehnt aufgebaut werden, bilden Parteien eher Gruppierungen um Führungspersönlichkeiten bei durchaus wechselnder Anhängerschaft. Das gilt für das Land, erst recht für die Kleinstadt Bretten, wo Ludwig Paravicini bis zu seinem Tod 1878 die weitgehend anerkannte Führungsfigur ist, die im Landtag, im Reichstag, im Gemeinderat, von 1864-1876 als Bürgermeister, als Mitglied der evangelischen Generalsynode, als Mitglied der landwirtschaftlichen Zentralstelle in Karlsruhe gearbeitet hat.

Nach der Reichsgründung

Der militärische Sieg Preußens über Österreich 1866 und die Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 sind die Grund- und Schlusssteine im Gebäude des II. Deutschen Reiches. Dieses kleindeutsche Reich verändert nicht nur das Verhältnis der europäischen Großmächte zueinander, sondern bewirkt auch den völligen Wandel der Innenpolitik. Wachsenden Einfluss auf die politische Mentalität in Deutschland gewinnt der Nationalismus, zunächst vor allem im Bildungsbürgertum, dem Hauptträger des Liberalismus. Der reichsdeutsche Nationalismus wird zur „politischen Religion“. Durch die Siege (des evangelischen) Preußens geht der deutsche Protestantismus eine unheilige Allianz mit dieser Ersatzreligion ein. Das preußisch-deutsche Reich wird dabei überhöht als Vollendung der „deutschen Mission“ Preußens, demgegenüber festigt sich in der katholischen Kirche der Ultramontanismus mit seinem theokratisch-absolutistischen Anspruch⁵⁸.

Wirtschaftsgeschichtlich werden die Jahre 1873 - 1895 als „Große Depression“ bezeichnet. Der Preisabfall und der Rückgang der Gewinne bei gleichzeitiger Steigerung der industriellen Produktion und Produktivität werden in der Landwirtschaft durch eine strukturelle Dauerkrise begleitet. Die Landwirtschaft als Hauptarbeitgeber wird abgelöst von der Industrie und den Dienstleistungsberufen, auch wenn die Vertreter der Landwirtschaft diesen Bedeutungswandel jahrzehntelang nicht einsehen wollen. Der „Industriekapitalismus“ wandelt die traditionelle Sozialordnung um, der Weg in den Sozialstaat beginnt.

Der Schwerpunkt der politischen Entscheidungen verlagert sich von der Landes- in die Reichshauptstadt. Mit der Zentralisierung der Politik in Berlin geht die Provinzialisierung auch der badischen Landesregierung und des Landtags Hand in Hand. Die meisten Parteien schließen sich reichsweit zusammen oder erhalten aus Berlin entscheidende Impulse für ihre landespolitischen Entscheidungen. Vor allem der politische Liberalismus unterliegt den teilweise gegensätzlichen Interessen in der reichsweiten Landschaft mit der Folge weiterer Spaltungen. Alle Parteien gewinnen jedoch einen höheren Organisationsgrad, ihre Presseorgane größere Verbreitung, größeren Einfluss.

Die angedeuteten Entwicklungen entsprechen im Kleinen auch Brettener Erscheinungen. Die 1853 eröffnete Bahnstrecke von Mühlacker nach Bruchsal und die 1879 in Betrieb genommene Linie Karlsruhe - Heilbronn öffnen und weiten den Fluss von Waren und Personen⁵⁹. Die Brettener Viehmärkte gewinnen überregionale Bedeutung und stützen das Gewerbe; Bretten beginnt sich aus dem Status der „Landstadt in der Stagnation“ herauszuwinden. Bis 1875 haben etwa 150 Arbeiter von Oktober bis Februar Arbeit in der „Filialtrockenanstalt“ für Zuckerrüben auf Rechnung der Zuckerfabrik Waghäusel, anschließend in den 1880er Jahren in der Zichoriendarre. Die Arbeitsplätze bringen Geld vor allem in die ärmeren Familien Bretzens und der Umgebung und Kaufkraft für den Brettener Handel. Dauerhaft ist das Aufblühen allerdings nicht. Das Handwerk ist überbesetzt, der Handel leidet zunehmend unter dem Kaufkraftschwund der Landwirtschaft und dem durch die Kraichgaubahn hervorgerufenen Abfluss von Kaufkraft nach Karlsruhe. Ein größer werdendes Potential unzufriedener Wähler ist die Folge, in Bretten wie in den Landorten des Amtsbezirks.

Beginnend mit der Gründung der Metallwarenfabrik Beuttenmüller 1862 werden die beiden letzten Jahrzehnte des Jahrhunderts zur „Umbruchphase“ der Industrialisierung⁶⁰. Da hier besonders Facharbeiter gefragt sind, die im Nebenerwerb auch noch Kleinlandwirtschaft betreiben, bleibt die Bildung eines Industrieproletariats weitgehend aus. Im Gegenteil: Die obere Facharbeiterschicht zählt sich schon zum Kleinbürgertum. Weitere Unternehmensgründungen, wie die Holzsägewerke von Ammann und Harsch, die Kühlapparatefabrik Schmidt, Bürsten- Pinsel- und Schuhhersteller entschärfen die vorher schwierige Arbeitsplatzproblematik. Die stark wachsende Bevölkerung kann in Bretten verkraftet werden, zumal eben durch die Bahnverbindungen auch das Auspendeln von Arbeitskräften erleichtert wird.

Neben den Anstößen aus Berlin (und Karlsruhe) wird auch die Veränderung der Sozialstruktur in der kleinen badischen Amtsstadt zur Ursache für den allmählichen Wandel im Parteieingefüge. Auf badischer Landesebene

ist das Parteiensystem nun ausgebildet, Parteiapparate sind aufgebaut. Rechts stehen die Konservativen mit verhältnismäßig geringem Organisationsgrad. Das (katholische) Zentrum vereinigt als Volkspartei konservative bis sozialpolitisch Engagierte, Adel, Grundbesitz, Bürgertum, Bauern und Industriearbeiter. Die Nationalliberalen stützen sich vor allem auf das protestantische Bürgertum und den Mittelstand. Die Demokraten und der „Freisinn“ verstehen sich eher linksliberal, wenden sich auch an die Unterschichten, gelangen jedoch nicht zu einer Breitenwirkung. Links stehen die Sozialdemokraten, die ihre Schwerpunkte in den industriellen Ballungsräumen aufbauen können.

In Bretten sind die Nationalliberalen tonangebend, aber es existiert, jedenfalls 1878, eine „Opposition“. Streitpunkt ist die Frage, ob Bretten eine Gasanstalt betreiben solle. Die Nationalliberalen befürworten den Plan - *Unsere Straßenbeleuchtung mit Petroleum ist eher eine Straßenfinsternis*⁶¹ -, die Opposition fürchtet eine Überschuldung oder eine Anhebung der städtischen Umlage. Erst als die Eisenbahnverwaltung den Gasbezug für die Beleuchtung des neuen Bahnhofs zusagt, stimmt der Bürgerausschuss mit einer Stimme (des Bürgermeisters) dem Projekt zu. Wer sind die Befürworter, wer die Gegner dieser „Gemeinschaftsaufgabe“? Die Front verläuft, wie die Namenslisten der abstimmenden Gemeinderats- und Bürgerausschussmitglieder zeigen, nicht nach Parteisympathie, sondern nach berufsständischen Interessen. *Die Gewerbetreibenden haben einen Anspruch* (auf günstiges städtisches Gas), *denn sie zahlen am meisten Umlage*⁶². Vom Gaswerk versprechen sich die Handwerker eine Steigerung der Nachfrage.

Anders sieht die politische Landschaft Bretzens bei der bevorstehenden Reichstagswahl 1878 aus. Die Redaktion des „Wochenblatts“, dem Anspruch nach „unabhängig“, nimmt einen Text auf, der sich *an alle deutschgesinnten Wähler* richtet und zu einer Versammlung im Saal des „Badischen Hofes“ einlädt, um *einen Kandidaten aufzustellen*. In der gleichen Nummer der Zeitung erscheint die Anzeige des selben Inhalts, gerichtet *an unsere Gesinnungsgenossen*, unterzeichnet vom *Ausschuß der nationalen und liberalen Partei*, mit den Namen Paravicini, Bürgermeister Herzer, Apotheker Janzer, Kaufmann Baumeister, Traut, Gillardon und Kögler⁶³. Im einige Tage

später erscheinenden Bericht über die Versammlung der „national-liberalen Partei“, der *Stütze unseres neugeborenen Deutschlands*, wird die Kandidatur des bisherigen MdR Oberstaatsanwalt Kiefer, Mannheim, bekannt gegeben, der auch in den zum Wahlkreis 13 gehörenden Bezirksämtern Sinsheim, Eppingen, Philippsburg und Wiesloch nominiert ist.

Eine Woche später berichtet das „Wochenblatt“ von einer entsprechenden Nominierungsversammlung der *conservativen Partei*, allerdings nicht in Bretten, sondern in Zaisenhausen, bei der E.A. von Göler als *Candidat* bestellt wird. Bemerkenswert an diesem Bericht sind die Ausführungen des konservativen Vertreters, der sich gegen die Liberalen und gegen die Sozialdemokratie wendet, sich gegenüber den *Ultramontanen* (dem Zentrum) abgrenzt. Damit wird deutlich, welche Parteien in der Stadt und im Amtsbezirk agitieren, auch wenn nur die Liberalen hier eine Art Parteiorganisation besitzen, die anderen von den Landesleitungen bestimmt sind.

Der Einfluss „von oben“ wird im Verlauf des Wahlkampfes deutlich: Im Wahlkreis 13 sollte ursprünglich ein Zentrumskandidat mit Kiefer und Göler konkurrieren. Nach einer Wahlabsprache des Zentrumsvorsitzenden mit den Konservativen verzichtet das Zentrum auf einen eigenen Kandidaten und empfiehlt den konservativen Göler, obwohl der Protestant ist. Die Reaktion der Liberalen folgt sofort: Wer konservativ wählt, dient auch den Interessen der Ultramontanen! Und an die konservativen Protestanten gerichtet: *Sollen wir schließlich dennoch nach Canossa gehen?*⁶⁴ Damit soll die Konfessionszugehörigkeit zum wahlentscheidenden Faktor werden. Das Wahlergebnis spiegelt diese Entwicklung wider: In Bretten wählen 550 Kiefer, 95 Göler; in Büchig: 1 Stimme für den Liberalen, aber 100 für den Konservativen. Ein zweiter Bestimmungsgrund für die Wählerschaft ist allerdings in der Bevölkerungsstruktur zu erkennen. In stark vom landwirtschaftlichen Sektor geprägten Gemeinden hat Göler erheblichen Zulauf. In Dürrenbüchig gewinnt er alle 47 Stimmen, in Rinklingen erhält Kiefer 26, Göler aber 63 Stimmen, in Sprantal bei 4 liberalen 45 konservative. Im gesamten Wahlkreis gewinnt Kiefer mit 9254 Stimmen vor Göler mit 8749. Die wahltaktischen Machenschaften der Parteileitungen in Baden erhellen deren Entscheidungen, als Ernst August von

Göler im Dezember 1887 sein Reichstagsmandat niederlegt. Die konservative Partei nominiert als Nachfolger den Grafen Wilhelm Douglas/Gondelsheim, der nun vom nationalliberalen Parteiausschuss in Karlsruhe unterstützt wird. Der Zweikampf zwischen Douglas und dem Zentrums kandidaten Lindau endet zu Gunsten des Grafen, der von 1888 bis 1898 den Wahlkreis im Reichstag vertritt. Die Parteien haben eine Stammwählerschaft gefunden, in Bretten wie in den beteiligten Ämtern.

Die Wahl eines Nachfolgers für den verstorbenen Ludwig Paravicini läuft ganz anders ab. Die Wahlen zur II. Kammer des badischen Landtages erfolgen immer noch indirekt, über Wahlmänner. Bei ihrer Wahl wurden die vorgeschlagenen Kandidaten der national-liberalen Partei sämtliche gewählt⁶⁵. Die Namen der Wahlmänner zeigen die traditionelle nationalliberale Klientel in Bretten, die Berufsangaben die Zugehörigkeit zum Besitzbürgertum; ein einziger Landwirt steht neben Kaufleuten, Gutsbesitzern, Fabrikanten, wohlhabenden Handwerksmeistern und zwei Gastwirten. In den Landtag gewählt wird mit 126 von 130 Stimmen Gutsbesitzer Walz aus Gondelsheim, der verspricht, *die Fahne des National-liberalismus hochzuhalten, treu zu Kaiser, Landesfürst und Vaterland*⁶⁶. Die kurz vor Weihnachten 1879 erfolgende Gemeinderatswahl zeitigt - nicht verwunderlich bei der Zusammensetzung des wählenden Bürgerausschusses - das gleiche Bild. Es gibt zwar *Unzufriedene, die keine Ausgaben machen wollen*⁶⁷, aber sie bilden eine Minderheit, die wegen des Mehrheitswahlsystems keine Chance haben.

Die politische Stimmung im Städtchen wird von den Vereinen mitgetragen. Als Ersatz für einen fehlenden Nationalfeiertag dient der „Sedanstag“ in Erinnerung an den militärischen Sieg in der Schlacht bei Sedan am 1. September 1870, als Napoleon III. gefangen

genommen wurde. Turnverein und Gesangverein „Frohsinn“ begehen den Tag mit „Bankett“ und „Musik“ in ihren Stammlokalen. Besonders die beiden Militärvereine, der „Veteranenverein“ und der 1878 gegründete „Kriegerverein“ rufen ihre Mitglieder zur Feier des „Nationalfesttages“ auf. Ihre Hauptaufgabe sehen sie satzungsgemäß in der Unterstützung armer Kameraden oder deren Witwen und Waisen. Aber am Sedanstag gehen die Wogen nationaler Emotionen und militärischer Heldenverherrlichung hoch. Da gibt es keine religiöse oder konfessionelle Ausgrenzung, lediglich *Socialdemokraten* sind ausgeschlossen. Was man sich darunter vorstellt, bleibt diffus; festgehalten werden muss, dass es demnach in Bretten offensichtlich schon Sympathisanten dieser *vaterlandslosen Gesellen* gibt. Natürlich wird „Kaisers Geburtstag“ von allen Vereinen begangen, die sich als Träger des vaterländischen Gedankens verstehen. Im Leitartikel des Brettener Wochenblatts vom 3. September 1889 verwarfen sie sich gegen Vorwürfe des übersteigerten Nationalismus: *Der Sedanstag ist kein Fest der Selbstverherrlichung, sondern der ruhmvolle Tag, an welchem im Schlachtendonner jene Machtstellung des deutschen Volkes begründet wurde, die es dem Deutschen Reiche ermöglichte, der starke Hort des Friedens im Herzen Europas zu werden.* Unter Berufung auf die *nationale Wiedergeburt* wird die *Stärkung der deutschen Wehrkraft* gerechtfertigt. Der Tag wird weiter zum *Prüfstand der Gesinnungen* erklärt, denen *die deutsche Nation ihre Größe und Einheit verdankt. Mit diesen Gesinnungen vertragen sich aber Interessen und Partekämpfe nur schlecht.* Unter Führung der bürgerlichen Oberschicht entwickelt das Kleinbürgertum eine traditionalistische Mentalität, orientiert am verklärten Bild des geordneten, gesicherten Lebens in der überschaubaren alten Stadt mit „gesunder“ Moralordnung und gesichertem Lebensstandard, jetzt garantiert durch die Nation, die wirtschaftliche Konkurrenz ebenso abzuwehren hat wie die Gefährdung der gesellschaftlichen Stellung

Schwinden der nationalliberalen Vorherrschaft

Trotz der Bismarckschen Schutzzollgesetze stürzen die Preise für landwirtschaftliche Produkte, so dass die Agrarkrise zur Dauererscheinung bis 1907 wird⁶⁸. Auch die handwerklichen Kleinbetriebe verarmen zum größeren Teil, das durchschnittliche Jahresein-

kommen eines Einzelmeisters sinkt unter das eines industriellen Facharbeiters. Zum „neuen Mittelstand“ zählen sich die industriellen und städtischen Angestellten und die Angehörigen des Dienstleistungssektors, die Techniker, Werkmeister, Transportgeschäftsleute.

Der fortschreitende gesellschaftliche Wandel hebt althergebrachte ständische Unterschiede auf, die Stadtbürgerschaft weicht der Staatsbürgerschaft.

Dagegen stellt die Stadt das „Heimatrecht“ als Waffe gegen die Neuerungen, zunächst bei der Verwirklichung des Gesetzes über die bürgerliche Gleichstellung der Juden im Jahr 1862⁶⁹, jetzt bei der Forderung der „nicht-bürgerlichen“ Einwohner, der in die Stadt Zugezogenen. Am 1. März 1890 argumentieren sie vor allem mit ihrer Steuerleistung. Sie rechnen vor : 580 wahlberechtigte Stadtbürger zahlen 23 960 Mark Umlage, die 253 „Nichtbürgerlichen“, bei Kommunalwahlen nicht stimmberechtigt, führen 6200 Mark an die Stadtkasse ab. Bei einer Umlage-Gesamtsumme von 35 260 Mark sind das immerhin 17 %, die ihrer Meinung nach politische Partizipationsrechte begründen. Namen und Berufsangaben zeigen eine ganze Reihe von „Neu-Brettenern“ : Dorn, Obereinnehmer; Duttenhöfer, Tapezierer; Dr. Gerber, Apotheker; Held, Oberförster; Schenk, Amtsrichter; Schmidt, Fabrikant; Sohn, Mechaniker; Schwaninger, Schuhmachermeister/Fabrikant; Veitenheimer, Hauptlehrer; Wittmer, Fabrikant⁷⁰. Ihre Rechnung bezieht auch den Bürgernutzen mit ein : Die „Bürger“ erhalten jährlich einen Bürgernutzen von mindestens 17 630 Mark. Die „Nichtbürgerlichen“ sind sogar bereit, freiwillig auf das Gabholz zu verzichten. Alle diese „Nichtbürgerlichen“ sind gesellschaftlich anerkannt und zum großen Teil auch politisch engagiert. Die städtische Abwehrhaltung zerbricht bald an der staatlichen Gesetzgebung; aus der Bürgergemeinde wird die Einwohnergemeinde.

Schlaglichter auf die Stadtpolitik werfen drei Ereignisse der Jahre 1888 bis 1891. Zum einen geht es um die Bürgerausschuss- und Gemeinderatswahlen im Jahre 1889. Die Kandidatenlisten, teils in Zeitungsanzeigen, teils als redaktionelle Texte veröffentlicht, meist ohne Unterschrift oder mit *Viele Wahlberechtigte* unterzeichnet, fassen Namen zusammen, die sonst verschiedenen Parteirichtungen zugeordnet werden, Konservative, Nationalliberale und sogar Ultramontane. Noch scheint für das Städtchen Einigkeit, Harmonie gegeben, ganz im Gegensatz zu den Landtags- und Reichstagswahlen.

Zum andern steht die Frage der Ablösung des Diakonats an, d.h. der Personalunion des

Schulleiters der höheren Bürgerschule und des geistlichen Dienstes als Diakon, als 2. Pfarrer der evangelischen Gemeinde. Die Mehrheit der Liberalen befürwortet die Ersetzung des Diakons durch einen weltlichen Philologen, die Mehrheit der Konservativen, besonders diejenigen, die zugleich Mitglieder des evangelischen Kirchengemeinderates sind, will alles beim Alten lassen. Während noch 1884 bei einer Elternabstimmung 37 von 64 Eltern für die Erhaltung des grundständigen Faches Latein waren, neigt sich jetzt die Waage zu Gunsten der „brauchbaren“ neuen Fremdsprachen. Schließlich einigen sich die Liberalen auf den Lehrplan der „Realschule“ mit starker Beschränkung des Lateinunterrichts und finden mit diesem Kompromiss eine Mehrheit im Bürgerausschuss. Die Minderheit wehrt sich aber nach wie vor gegen Mehrausgaben der Stadt - der Diakon bezieht ja einen Teil seiner Besoldung von der Kirche - , außerdem sei ein Philologe nicht besser als ein Theologe. Ein Leserbrief fasst zusammen : *Wenn der Fortschritt nur im Bezahlen besteht, von dem haben wir genug*⁷¹. Sparsamkeit als Bürgertugend und zähes Beharren auf jahrhundertealter Tradition paaren sich in der politischen Willensbildung.

Ein anderes Gesicht zeigen die Brettener schon bei der Bürgermeisterwahl im Jahr 1888. Gegensätzliche Interessen prallen aufeinander, als die Alternative diskutiert wird : Der bisherige Bürgermeister Herzer oder ein Neuer ? Mit Herzer *Unzufriedene glauben, ein Wechsel könne nicht schaden*⁷². Der Rathausumbau koste nicht wie veranschlagt 40 000 Mark, sondern 60 000; weder Gemeinderat noch Bürgerausschuss habe jemals von dieser Kostenexplosion eine Vorlage erhalten⁷³. Herzer habe die Interessen des Gewerbestandes gegenüber der Landwirtschaft nicht genügend berücksichtigt. Als darüber hinaus noch das Gerücht aufkommt, ein zum dritten Male gewählter Bürgermeister sei pensionsberechtigt, ist das Maß für die Herzer-Gegner voll. Die Herzer-Anhänger, Liberale wie einige Konservative, geben zu bedenken: *Der Bürgermeister soll selbstständig sein, aber die Beschlüsse der Gremien auch dann ausführen, wenn sie nicht in seinem Kopfe gewachsen sind*. Voraussetzung dafür sei nicht ein Wechsel der Person, vielmehr seien die Gremien nicht selbstständig genug. Deshalb gelte es, den *Frieden in der Gemeinde, das Gedeihen unserer Vaterstadt höher zu stellen als persönliche Abneigung*. Da zieht überraschend die Opposition den

Färber Jakob Gillardon, Angehöriger der III.Klasse im Bürgerausschuss, aus dem Hut. Er unterliegt jedoch Herzer mit 65,5 % der Stimmen bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 79,8 %, Gillardon vereinigt lediglich 26,4 % auf sich. Der Angriff der unzufriedenen Handwerker und der Unterschicht auf die traditionellen Machtstrukturen ist abgewehrt. Das schon bei der Reichstagswahl 1887 eingegangene Wahlbündnis der Liberalen mit den Konservativen hat auch im Kleinen funktioniert, hier Herzer, dort Vorschussvereinsdirektor Kögler.

Das liberal-konservative „Wahlkartell“ hat auch die Landtagswahlen 1887 bestimmt. Zwei Probleme führen im Vorfeld zur heftigen Presseauseinandersetzung : Die Kandidatur von Oekonomierat Märklin aus Bruchsal und die Auswahl zwischen zwei Brettener Persönlichkeiten. Märklin wird vorgeworfen, dass er nicht Bürger dieser Stadt ist und erst jetzt um Aufnahme in den badischen Staatsverband nachsucht, wo er auf den Schild gehoben werden soll. Ihm war also sein schwäbisches Bürgerrecht seither wertvoller als das desjenigen Staates, dessen Besoldung er bezog ⁷⁴. Schwäbische Herkunft und Undankbarkeit disqualifizieren ihn in Bretten. Hier werden

zwei Herren favorisiert, der schon erwähnte Kögler und Dr.Guido Gerber, Apotheker. Das Brettener Wochenblatt fasst zusammen, welche Qualifikationen ein Kandidat mitbringen muss : Er muss lange allen bekannt sein, im öffentlichen Leben schon Verdienste erworben haben, unabhängig gestellt sein (d.h. kein Arbeitnehmer sein), den Mut zur eigenen Überzeugung besitzen und auch in Verwaltungssachen bewandert und bewährt sein ⁷⁵. Darüber hinaus erwartet der Landesausschuss der nationalliberalen Partei *Festigkeit und Treue, ohne Neben- und Hintergedanken, zu Kaiser und Reich stehend, für maßvoll fortschreitende Entwicklung im geistigen, sittlichen und religiösen Leben, Erhaltung des Friedens, gegen verschleierte Begehrlichkeit* (der SPD) , *für Eintracht der Konfessionen* (gegen das Zentrum) , *für deutschen Geist und gute badische Traditionen* ⁷⁶. Derart hohe Qualifikationsmuster verkörpern offensichtlich beide Brettener Kandidaten. Da die Wahlmänner sich nicht vorher festzulegen haben, ein freies Mandat ausüben, wählen sie mit 80 von 143 Stimmen schließlich Kögler zum Landtagsabgeordneten, auf Dr.Gerber entfallen 59 Stimmen. Da beide Konkurrenten der nationalliberalen Partei angehören, ist das Ergebnis in jedem Falle als nationalliberaler Sieg zu feiern.

Parteienvielfalt in den 90er Jahren

Die politische Erbschaft des Umschwungs in der Wirtschafts- und Innenpolitik des Deutschen Reiches führt schon Mitte der 80er Jahre zur Schwächung der Nationalliberalen und zum Zurücktreten politischer Ideen in der Politik der Parteien, die mehr und mehr zu Vertretungen begrenzter Interessen und einzelner sozialer Schichten umgeformt werden. Starken Druck auf die Parteien üben die immer mächtiger werdenden Interessenverbände aus, deren Forderungen sich durch besondere Radikalität auszeichnen ⁷⁷. Die bürgerlichen Parteien bauen ihre Organisationen aus, entwickeln sich tendenziell von Honoratiorenparteien, die nur im Wahlkampf und im Parlament in Erscheinung getreten sind, zu permanent aktiven Massenparteien. Die Wirtschaftskrise, vor allem die Erschütterung der Landwirtschaft, mobilisiert weite Bevölkerungsschichten.

Erscheinungsformen des Wandels zeigen sich nicht nur im Reichstag und im badischen

Landtag, wo die Nationalliberalen 1893 ihre Mehrheit verlieren. Auch in Bretten ändert sich die parteipolitische Situation erheblich. Die Selbstverständlichkeit nationalliberaler Honoratiorenherrschaft wird allmählich in Frage gestellt. Als Anfang August 1891 Bürgermeister Herzer *wegen anhaltender Kränklichkeit* sein Amt niederlegt, deuten sich Parteifronten an. Die Nationalliberalen beantragen für ihren Parteifreund Herzer ein Ruhegehalt. Ihre Gegner lehnen die Freiwilligkeitsleistung der Stadt ab, fürchten auch den Präzedenzfall. Der Kompromiss : Ein „ersatzpflichtiges Ruhegehalt“ von 400 Mark jährlich, das nach Herzers Tod - unverzinst - zurückzuzahlen ist. So lautet die mit 24 : 24 Stimmen im Bürgerausschuss gefundene Lösung ⁷⁸. Die Nachfolgefrage beschäftigt die Brettener einen Monat lang. Erst ein Leserbrief am 2. September stellt fest : *Endlich kommt die Frage: wen sollen wir als Bürgermeister wählen ? in Fluß. Es war bisher eine unheimliche Stille.Es hatte einerseits den Anschein, als*

berührt man diese Frage nicht, um schließlich mit einem in aller Stille geschmiedeten Wahlvorschlag den Bürgerausschuß überrumpeln zu können, andererseits bekam man den Eindruck, als sei die hiesige Bürgerschaft so ratlos und so armselig, dass sie keinen Bewerber aufstellen könne. Die erste Variante ist wohl aus früheren Erfahrungen erwachsen, die zweite appelliert emotional an das lokale bürgerliche Selbstbewusstsein. Der anonyme Leserbriefschreiber gibt seinen Mitbürgern zu bedenken, dass die beiden nunmehr bekannt gemachten Kandidaten, Ratschreiber Withum und Gemeinderat und evangelischer Kirchengemeinderat Heinrich Gillardon, nicht allein „Geschäftsgewandtheit, sondern auch besondere Charaktereigenschaften besitzen müssen : Sittliche Unbescholtenheit, in der Stadt wurzelnd, entschieden, aber nicht eigensinnig, finanziell unabhängig. Andere Bürgerausschussmitglieder schlugen den 1888 gegen Herzer unterlegenen Kaufmann Jakob Gillardon vor, der ebenso „Recht und Wahrheit“ verkörpere. Als schließlich noch Gerichtsvollzieher Bräuning/Baden-Baden, ebenfalls „ein Brettener Kind“, zur Diskussion gestellt wird, ist es für die Nationalliberalen leicht, ihren Kandidaten Withum durchzubringen. Von 56 abgegebenen Stimmen des Bürgerausschusses entfallen auf ihn 35, auf Jakob Gillardon 11, auf Heinrich Gillardon 10 Stimmen ⁷⁹.

Die Brettener Oppositionellen bekennen sich zunächst nicht zu der einen oder anderen in Land und Reich agierenden Partei. Aber sie beginnen, sich zu organisieren oder werden wenigstens von auswärtigen Parteifunktionären in ihrer Versammlungstätigkeit unterstützt. Die Konservativen Bretzens treten bei den Landtagswahlen 1891 erstmals öffentlich auf und werben für ihren Kandidaten Funk, Gutspächter vom Althof. Das Zentrum, die „Ultramontanen“, hat dank der Unterstützung durch die katholische Geistlichkeit zwar einen festen Wählerstamm, tritt aber als Partei hier nicht auf, wohl aber mit Wahlversammlungen in Flehingen, Bauerbach und Neibshheim. Der katholische Männerverein „Constantia“, 1892 gegründet, dient als Basisorganisation ⁸⁰. In einer Versammlung der „Constantia“ im Gasthaus „Zu den vier Jahreszeiten“ am Bahnhof beklagt der Redner die kirchenunfreundliche Haltung der Nationalliberalen und fordert dazu auf, sich von der antisemitischen Bewegung fernzuhalten ⁸¹. Eine örtliche Vereinigung des deutschlandweit verbreiteten katholischen „Volksvereins“ dagegen gibt es hier nicht.

Die „Freisinnige Partei“ wird in Bretten am 13. September 1891 gegründet. Im Reich durch den Zusammenschluss von Deutscher Fortschrittspartei und abgespaltenen Nationalliberalen entstanden, versteht sie sich als linksliberal, muss sich deshalb von nationalliberaler Seite der Nähe zur SPD bezichtigen lassen. Immerhin : Bei den Wahlmännerwahlen Ende September gelingt es zwar den Nationalliberalen, im ersten und dritten Brettener Wahldistrikt ihre Kandidatenliste zum Erfolg zu führen, der zweite Wahldistrikt (Südstadt/Oppenloch) geht jedoch mehrheitlich an die Liste des Freisinns. Unter Führung des Kaufmanns Josef Gaum konzentriert sich die Zahl der „Unzufriedenen“ in diesem Stadtviertel. Und sie geben auch ihre Missstimmung wieder, trotz der Polemik, die zuvor in nationalliberalen Versammlungen gegen den Freisinn die Reden und die Presseberichte bestimmt hat : *scheinbar national, scheinbar für die Handwerker, scheinbar für die Bauern, eine Maul- und Klauenseuche-Politik wird jetzt betrieben ⁸¹, Bauernfängerei, Politik gegen Handwerker, die zu Arbeitern des Kapitals werden sollen.* Tatsächlich reicht die Kraft des „Freisinns“ nicht aus, lokal- und landespolitisch größere Bedeutung zu gewinnen. Bei den Landtagswahlen 1893 entfallen auf ihn in Bretten 64 Stimmen (9 %), genau so viele wie auf das Zentrum. Später wird der Freisinn zwischen SPD und Bund der Landwirte zerrieben.

Organisatorisch tut sich die Sozialdemokratie in kleineren Städten und auf den Dörfern anfangs schwer ⁸². Die Zahl derer, die sich hier als Arbeiter verstehen, ist noch relativ klein. Im kleinstädtischen Milieu gibt es immer noch eine tief verwurzelte Affinität zu traditionalem Verhalten. Der alte wie der neue Mittelstand der kleinen Handwerker und Kleinhändler bleibt für die SPD weitgehend verschlossen, schon aus Angst vor der Proletarisierung. Und die Kleinbauern finden keinen Zugang zu ihr, da sie keine eigentliche Agrarpolitik betreibt. Die Zerschlagung der Parteiorganisation durch das Sozialistengesetz ab 1878 und die damit begründete Verfolgung von Funktionären und Sympathisanten verhindern darüber hinaus vor 1890 den Aufstieg der Partei im ländlichen Bereich.

Dennoch gewinnt sozialdemokratisches Gedankengut auch im Raum Bretten an Boden. Die großherzogliche Verwaltung kann das Einschmuggeln von in der Schweiz gedruck-

ten sozialdemokratischen Zeitungen und deren geheime Verbreitung nicht ganz verhindern. Schon im Jahr 1884 wird der Diedelsheimer Bürger und Hafnermeister Friedrich Dittes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er den „Sozialdemokrat“ geschmuggelt und verbreitet hat ⁸⁴.

Im Vorfeld der Reichstagswahl 1890 versucht die SPD, Fuß zu fassen : *Gestern Nachmittag war für Wössingen eine sozialdemokratische Wählerversammlung anberaumt. Der Volksbeglucker Kalmbach kam aber nicht, wahrscheinlich weil keiner der Wirte sein Lokal hergab* ⁸⁴. Am 19. Februar meldet das Wochenblatt : *sozialdemokratische Wahlaufrufe und Wahlzettel wurden auch in unserer Stadt ausgetragen*. Offenkundig mit einigem Erfolg. Die am 22. Februar veröffentlichte Wahlanalyse belegt nicht nur die politische Richtung des Blattes, sondern gibt auch bemerkenswerte Einblicke in die soziologische Zusammensetzung der Wähler in den städtischen Wahlbezirken : (Graf Douglas ist zwar wiedergewählt, aber) *dass sich in unserem Bezirk (Oberamt) zum ersten Male seit der*

Gründung des neuen deutschen Reiches eine verhältnismäßig hohe Zahl von Leuten zeigt, die anscheinend der sozialdemokratischen Lehre anhängen. ... Im zweiten Wahlbezirk (der Stadt Bretten) , der etwas weniger Wahlberechtigte als der erste enthält, zu dem aber die Stadtteile Oppenloch, Hofstätte, obere und untere Kirchgasse und das sogenannte Untere Thor gehören, hat der sozialdemokratische Kandidat fast doppelt so viele Stimmen als im anderen erhalten Dazu noch der Nachsatz : *Die ihm von den Israeliten zugefallenen Stimmen verteilen sich wahrscheinlich so ziemlich auf die beiden Wahlbezirke; wir stellen dies hier nur fest, um später, bei anderen Gelegenheiten, wieder darauf zurückkommen zu können*. Das Wohlverhalten der jüdischen Minderheit scheint für die Nationalliberalen gefährdet. Der Kommentator vermutet, dass die SPD-Stimmen den in einem Wahlbündnis vereinigten „Kartellparteien“ (Nationalliberale und Konservative) verloren gegangen sind, also Graf Douglas' Stimmenanteil geschmälert haben. Die Statistik ⁸⁶ untermauert die Gefahren, die für Nation, Land und Stadt aus der Entwicklung erwachsen :

	„Kartell“ Graf Douglas		Zentrum Oberndorf		SPD Kalmbach	
	1887	1890	1887	1890	1887	1890
Stadt Bretten	553	453	103	98	–	70
Amt Bretten	3304	2532	738	693	–	372
13. Wahlkreis		10737		6799		875

Im Oberamt Bretten ragen einzelne Gemeinden heraus. Das „Kartell“ aus Nationalliberalen und Konservativen erhält alle abgegebenen Stimmen in Bahnbrücken, Dürrenbüchig, Oberacker, Ruit und Sprantal. In Diedelsheim, Gondelsheim, Kürnbach und Nussbaum über 90 %. Das Zentrum (Graf Franz von Oberndorf) kommt in Büchig und Neibshheim über die 90 %-Marke und erreicht in Flehingen 62 %. Die SPD (Kalmbach) gewinnt in Gochsheim 44 %, in Münzesheim 20 %, in Stein 34 %. Keine einzige Stimme wird in den fast ganz protestantischen Gemeinden Dürrenbüchig, Gochsheim, Gölshausen, Kürnbach, Nussbaum, Ruit, Sprantal, Stein, Wössingen und Zaisenhausen für das Zentrum abgegeben. Kein Vertrauen hat die SPD in Bauerbach, Gondelsheim und Oberacker erhalten. Die Wahlergebnisse spiegeln

weitgehend die konfessionellen Verhältnisse. Konservative und Nationalliberale bündeln den im Protestantismus gepflegten „Nationalprotestantismus“ ⁸⁷, das Zentrum wird als Sammlungsbewegung katholischer Interessen und - teilweise - sozialer Reformforderungen verstanden. Die SPD sucht die Fabrikarbeiterschaft zu einen, stößt jedoch zunächst nur in einzelnen Gemeinden auf Resonanz.

Die Taktik, sozialdemokratische Versammlungen zu verhindern, wird weiterhin betrieben. *Gestern Nachmittag fand in Gölshausen im Gasthaus Zum Adler, da die Veranstalter in Bretten kein Lokal erhielten, eine sozialdemokratische Versammlung statt, welche von einer Anzahl Gesinnungsgenossen von hier, aber auch vielen Neugierigen besucht war*. Eine Anregung verdient hervorgehoben zu werden : *Die Gründung eines*

*Vereins für volkstümliche Wahlen*⁸⁸. Eine Variante der versuchten Ausgrenzung der SPD wird berichtet: *Die auf Sonntag angekündigte volks- resp. sozialdemokratische Versammlung konnte in der „Stadt Pforzheim“ (in Bretten) nicht abgehalten werden, da der Vorstand des Veteranenvereins erklärte, der Saal sei Vereinslokal und würde nicht zu dem Zwecke geöffnet. Die Sozialisten begaben sich nun ins Nebenzimmer des „Würtemberger Hof“, aber auch hier fanden sich zahlreich Andersgesinnte ein, um allenfallsige Auslassungen Kalmbachs zu beleuchten.... Herr (Fabrikant) Wittmer empfahl den Herren, in Karlsruhe zu bleiben und nicht das hier bestehende gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu stören.... Volksbeglückter* (wurden auch in der Bierbrauerei Veitel zurückgewiesen und) *erklärten, in Bretten seien verrottete Zustände*⁸⁹.

Das Demokratieverständnis der Nationalliberalen im Jahr 1890 mutet, verglichen mit sonstigen liberalen Parteiprogrammpunkten, schon seltsam an. Die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags wird so begründet: *Man wollte (dadurch) die Aufregungen, welche jede Wahl mit sich brachte, vermindern*⁹⁰. Der Vorwurf der Scheinheiligkeit dürfte berechtigt sein, realistisch erscheint das Folgende: Die öftere Wiederholung habe die Gelegenheit zur Aufwiegelung des Volkes gegeben. *Wir können nicht begreifen, dass die roten Gegner des Kartells die Überzeugung mit sich herumtragen können, die Volksregierung in ihrem Sinne wäre im Stande, die Gesetzgebung eines großen, modernen Staates mit einer Bevölkerung von 40-45 Millionen so einzurichten, dass dieselbe auch nur mittelmäßig ihren Aufgaben genüge. Wie mag man behaupten, dass jeder Deutsche, der über 25 Jahre alt ist, auch in der Lage sein kann, an einem Werke mitzuarbeiten, das eigentlich das größte und schwerste für Hirn und Herz ist, an der Gesetzgebung eines großen, aufgeklärten Volkes*⁹¹. Wer die Masse der Bürger für „unaufgeklärt“, das Frauenwahlrecht überhaupt nicht erwägt, jede Opposition gegen die eigene Partei als reichsfeindlich brandmarkt, weiß sich allein im Besitz der politischen Weisheit, erhebt einen Alleinvertretungsanspruch und polarisiert damit die Gesellschaft mit großbürgerlich-elitärem Gehabe. Wer den Israeliten der Stadt mit Konsequenzen droht, weil einige vorher nationalliberal Wählende zur SPD gewechselt sind, nimmt an der gerade aufkommenden antisemitischen Bewegung teil. Die Stimmenverluste der Kartellparteien bei der Reichstagswahl 1890 werden zwar auch in Bretten in einen „glänzenden Sieg“ umgemünzt, können aber ihren schleichenden Niedergang nicht verbergen.

Das mit den Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen 1878 im Reichstag verabschiedete Sozialistengesetz verbietet parteiliche und gewerkschaftliche Ortsvereine der Sozialdemokraten; die Parlamentsfraktionen können aber weiter bestehen. Die Parteimitglieder gründen andere Vereine und Hilfskassen. Sie leben auch nach der Aufhebung des Gesetzes weiter oder neue werden geschaffen. In Bretten hält der „Gewerkverein der deutschen Klempner und Metallarbeiter, Ortsgruppe Bretten“, Versammlungen ab. Die Mitglieder der „Eingeschriebenen Hilfskasse Nr.15“ treffen sich am 22. Februar 1890 im „Zähringer Hof“ zur Hauptversammlung⁹². Zwei Jahre später beschließen Sangesfreunde, einen „Arbeiter-Gesangverein“ zu bilden, *da für Arbeiter bis jetzt hier wenig Geselliges geboten wird. Deutschland, Deutschland über Alles und andere schöne Lieder bildeten den Schluß*⁹³. Die Brettener können nun in fünf Vereinen ihrer Sangeslust nachgehen. In den beiden konfessionellen Kirchenchören, im „Liederkranz“, im „Frohsinn“ und nun im Arbeiter-Gesangverein. 1906 vereinigen sich sozialdemokratische junge Männer im „Radfahrerbund Solidarität“, die Eisenbahner im „Eisenbahnerverband“ und die Arbeiter der Brettener Holzindustrie im „Holzarbeiterverband“⁹⁴.

In einem als Bericht erscheinenden Kommentar des Brettener Wochenblatts vom 26. September 1893 wird die Situation in Bretten so dargestellt: *Die Karlsruher Herren Sozialdemokraten werden doch bald einmal einsehen, dass die Arbeiter der hiesigen Fabriken zur Verbesserung ihrer sozialen Lage einer Belehrung unbekannter „Arbeiterfreunde“ nicht bedürfen. Bretten besitzt gerade in Metallarbeitern einen Stamm von tüchtigen, angesehenen Männern, die den jüngeren Arbeitern mit bestem Beispiele vorangehen.... Unter Arbeiter versteht man in Bretten einen Mann, der tüchtig in seinem Berufe arbeitet, und dazu zählen sich in Bretten auch die Prinzipale, und wer das gute Einvernehmen der hiesigen Arbeitgeber mit ihren Arbeitern kennt, den kann der Misserfolg der gestrigen sozialdemokratischen Metallarbeiterversammlung nicht überraschen. Aus der Sicht der SPD ist tatsächlich der Brettener Boden ungünstig für unsere Bestrebungen. Die Gründe dafür sind wohl weniger in den geringen - Aktivitäten der „Christlichen Gewerkschaften“ zu suchen als in der Verwurzelung vieler Arbeiter in ihrer Nebenerwerbslandwirtschaft.*

Nicht in das überkommene Rechts-Links-Modell der Parteienlandschaft passen zwei Gruppierungen, die in Bretten in den 90er Jahren eine Rolle zu spielen beginnen, die „deutsch-soziale antisemitische Partei“ und der „Bund der Landwirte“. Am 1. November 1891 gründen „angeblich“ 50 Männer nach einem Vortrag von Dr. Viktor Hugo Welcker im Gasthaus „Zu den vier Jahreszeiten“ einen „antisemitischen Verein“, zu dessen Vorstand Fabrikant Schwaninger gewählt wird⁹⁵. Er annociert zunächst als „Kunstwabenfabrik und Wachsschmelzerei“, 1893 als „Schuhwarenfabrikant“. Ein Jahr später ist er von der Bildfläche verschwunden, die Versammlungen der Partei werden von Franz Schmidt, Schuhmachermeister in Karlsruhe, geleitet, der in Bretten und Umgebung sehr rege agitiert. Die Zahl der Mitglieder nimmt rasch zu, so dass schon am 16. Januar 1892 Theodor Harsch alt in einem Leserbrief feststellen muss: *Die antisemitische Bewegung hat in letzter Zeit in hiesiger Stadt viel Staub aufgewirbelt*⁹⁶. Aber er ist sich sicher: *Dieser Bewegung steht der größte Teil der hiesigen Einwohner - die keinen Klassenhass kennen - fern*. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass der „Freisinn“, der bisher Protestwähler angezogen hat, von den Antisemiten als Sammelbecken der Unzufriedenen abgelöst wird. Im ersten Wahlgang zu den Reichstagswahlen 1893 erhält ihr Kandidat Franz Schmidt in Bretten 390 Stimmen bei 709 abgegebenen gültigen Stimmen, also 56 %⁹⁷.

Wie ist dieser Wahlsieg der Antisemiten in Bretten zu erklären? Ein Ursachenfeld ist in einer latenten antijudaistischen Stimmungshaltung in der Stadt zu sehen. Sie wird getragen vom jahrhundertealten, weitverbreiteten Konkurrenzneidmotiv, das sich in Bretten im 19. Jahrhundert im Streit um das Bürgergabholz wiederholt zeigt und in den Märzkravallen des Revolutionsjahres 1848 einen Höhepunkt erreicht⁹⁸. Dazu kommt das religiös-soziale Motiv, das sich ebenfalls schubweise auswirkt. Nach der Aufhebung der konfessionellen Volksschulen und der Einführung der Simultanschule in Baden sollen die Lehrer der bisherigen Konfessionsschulen in die neuen Gemeinschaftsschulen übernommen werden. Der Brettener Volksschule wird ein jüdischer Lehrer zugewiesen. Der Ortschaftsrat, gebildet aus Gemeinderäten, den Pfarrern und Vertretern der Kirchengemeinderäte, lehnt es jedoch mit Mehrheit ab, *das Seelenheil der Unmündigen einem Juden anzuver-*

*trauen*⁹⁹. Da sich der Oberkirchenrat in Karlsruhe dieser Meinung anschließt, fühlen sich die Brettener im Recht, auch wenn die liberale Presse des Landes die Brettener Intoleranz als Kleinstadtposse hämisch kommentiert. Auch die antisemitische, am preußischen Hofprediger Stoecker orientierte Redner-tätigkeit des evangelischen Pfarrers und Dekans Hermann Specht (1894-1906) ist in diesem Zusammenhang nicht zu übersehen. „Speziell in den evangelischen Gegenden um Heidelberg, Karlsruhe, Bretten und Müllheim fanden die Stoeckerschen Parolen Anhänger“, urteilt Stude. Der Oberkirchenrat teilt dem badischen Innenministerium dazu mit: *...erlauben wir uns die ergebenste Bemerkung, dass unseres Dafürhaltens die in weiten christlichen Kreisen unseres Landes unzweifelhaft vorhandene Missstimmung, um nicht zu sagen Erbitterung, nicht zum kleinen Teil durch die Haltung vieler Israeliten in ihrem Handel und in den Erzeugnissen der Presse verschuldet ist*¹⁰⁰.

Hier und in der Umgegend eine starke Antisemitenbewegung, so fasst der katholische Pfarrer Klingele für 1892 in der Pfarrchronik die Ereignisse zusammen, nämlich Gründung und Agitation der antisemitischen Partei, aber auch die erstmals zu verzeichnenden Ausschreitungen vom 13. Januar 1892 in Bretten, in deren Verlauf Fenster jüdischer Häuser unter „Hep-Hep-Rufen“ eingeworfen und jüdische Händler auf dem Viehmarkt tötlich angegriffen worden sind. Als Antwort auf die Gewalttätigkeiten bleiben pfälzische und hessische Viehhändler dem Brettener Markt fern. Bezeichnend ist die weitere Reaktion in Bretten. Der Boykott erregt die Brettener, der Bürgermeister befürchtet das Absinken des Marktes in die Bedeutungslosigkeit. Und der liberale Theodor Harsch alt *würde das frühere gegenseitige friedliche Zusammengehen begrüßen. Selbstverständlich müssten vonseiten der hiesigen Israeliten solche Vorkommnisse wie am letzten Montag nicht nur unterbleiben, sondern dieselben müssten auch suchen in loyalster Weise entgegen zu kommen*. Da werden Täter in der Opferrolle gesehen.

Es sind also nicht nur Antisemiten, die Mehrheit und Minderheit abgrenzen. In einer Wahlversammlung der „Freisinnigen und Volkspartei“ entdeckt der Redakteur des Brettener Wochenblatts in der Rede des Kandidaten Oberamtsrichter Köhler die indirekte Anerkennung des Antisemitismus, *denn er sagte, derselbe habe einen berechtigten Kern*¹⁰¹. Das na-

tionalliberal ausgerichtete Blatt sieht die Hauptverursacher des Antisemitismus in der Amtstadt jedoch in den Mitgliedern der antisemitischen Partei und brandmarkt ihre Taktik: *Ihre Tätigkeit besteht darin, einzelne Fälle unsauberen Geschäftsbetriebes von Israeliten aufzuzählen, um dann alle Israeliten als Betrüger und Wucherer hinzustellen und Sondergesetze gegen sie zu erwirken. Zugegeben mag werden, dass manche der aufgeführten Fälle wirklich vorgekommen sind.... Die Bevölkerung wird nur verhetzt, der Klassenhass geschürt* ¹⁰².

Das wahltaktische Vorgehen dieser Partei illustriert auch eine „Leserbrief-Aktion“. Friedrich Georg Gilbert wehrt sich gegen den Vorwurf des antisemitischen Kandidaten Schmidt, er sei ein Lügner, weil er das Gerücht verbreitet habe, Schmidt sei katholisch ¹⁰³. Schmidt erklärt darauf, dass Herr Gilbert *auf verläumderische Art und Weise* aussagte, *ich sei katholisch, um mich eventuell bei der Wahl besonders bei protestantischen Männern zu schädigen*. Antisemitisch und katholisch sein gilt offenbar als Widerspruch, und ein Katholik kann, so wird von den Antisemiten unterstellt, von einem Protestanten nicht gewählt werden. Der Synagogenrat der Brettener Gemeinde wehrt sich gegen die Vorwürfe der Antisemiten und kann zu Recht auf die selbstverständliche Mitarbeit seiner Vertreter im Bürgerausschuss verweisen. Da die meisten Brettener Israeliten eher gemäßigt liberal als orthodox eingestellt sind ¹⁰⁴, finden sie ihre politische Heimat mehrheitlich bei den Nationalliberalen, auf deren Vorschlagslisten zu den Bürgerausschusswahlen Namen wie Lichtenberger, Rothschild, Lämle und Herzberger stehen, die auch gewählt werden.

Ebenfalls antisemitisch versteht sich der „Bund der Landwirte“ (BdL). Er organisiert sich zunächst als agrarische Massenbewegung ¹⁰⁵. Der Zusammenbruch der Getreidepreise und die Verringerung der Schutzzölle für landwirtschaftliche Produkte nach 1890 bringt den bäuerlichen Interessenverband in scharfe Gegnerschaft zur Reichsregierung. Mit ä-

berst demagogischen Parolen übt er massiven Einfluss auf die Parteien aus; besonders die konservative Partei wird von ihm unterwandert, die soziale Basis des Liberalismus bröckelt immer mehr ab. Im Februar 1893 in Berlin gegründet wird der BdL rasch zum mächtigsten Verband im Kaiserreich, erobert von Ostelbien aus in wenigen Monaten die deutschen Agrargebiete. Im Gründungsjahr versucht sich sein Vorstand noch abzugrenzen: *Der Bund ist nur wirtschaftspolitisch, nicht aber parteipolitisch. Er ist kein politischer Verein, sondern will lediglich die Interessen der Landwirtschaft schützen und pflegen* ¹⁰⁶. Um dieses *schönen Zieles* willen lädt er für den 8. April 1893 alle Landwirte in den „Badischen Hof“ in Bretten ein. Den Vorsitz bei der Versammlung hat Gutsbesitzer Körner/Gondelsheim, als Redner stellt sich Hans Wießner vom Dammhof bei Eppingen vor. 60 Landwirte aus Bretten und Umgebung treten sofort dem Bund als Mitglieder bei.

Noch im Wahlkampf zum Reichstag 1893 gibt sich der BdL nicht als Partei; im Gegenteil. Der konservative Kandidat Graf Douglas/Gondelsheim tritt als Diskussionsredner bei einer BdL-Versammlung auf, die Nationalliberalen betonen, dass ihr Kandidat, Hans Wießner, Gründungsmitglied des BdL ist ¹⁰⁷. Auch bei den Landtagswahlen 1895 kämpfen Nationalliberale (Kögler), Konservative (Pfitzenmeier/Gölshausen) und die Antisemiten (Schmidt) gegen Zentrum (Graf von Mentzingen) und SPD (Kalmbach), ohne dass der BdL aktiv in Erscheinung tritt. Das Gleiche gilt für die Erneuerungswahlen zum Bürgerausschuss 1896. Aber in Eppingen organisiert der BdL schon 1894 seine Reihen politisch ¹⁰⁸, als Redner tritt Gutspächter Karl Lucke aus Patershausen auf, der dann bei der Reichstagswahl 1898 mit Unterstützung der Konservativen und Nationalliberalen den Zentrumskandidaten von Mentzingen in der Stichwahl knapp schlägt ¹⁰⁹. Dabei geben die Amtsbezirke Bretten und Eppingen den Ausschlag. Der Interessenverband ist zugleich Partei geworden.

Parteien und „Parteien“ am Anfang des 20. Jahrhunderts

Bei der Vorstellung des nationalliberalen Landtagskandidaten Valentin Müller/Weinheim 1903 distanziert sich die Partei vom BdL, *der zur politischen Partei ausarte, die Inter-*

essen des Großgrundbesitzes und der Feudalherrschaft vertrete, aber die der kleinen bürgerlichen Bauernschaft vernachlässige ¹¹⁰. *Der BdL ist eine Filiale norddeutscher Großinteressen*. In einem

Leserbrief fasst ein Nationalliberaler die Entwicklung zusammen. *Die badischen Landwirte verließen die Nationalliberalen, gingen zuerst zu den Konservativen, dann den Antisemiten und schließlich zum BdL*¹¹. Politisch unsichere oder als solche empfundene Zeiten verstärken den Wunsch vieler nach Eindeutigkeit, Klarheit, Sicherheit. Jede dieser Parteien verspricht sie so lange, bis sich herausstellt, dass auch sie politische, also mehrdeutige Interessen verfolgt. Am Ende bleibt den Wechselwählern nur noch ein politisch scheinbar sicherer Ort, die Konfession. Dann geht der Kampf um den guten protestantischen Glauben und um das Wohl des Vaterlandes nach der *Richtschnur, ich bin Protestant, darum wähle ich auch einen protestantischen Kandidaten*¹². Die Nationalliberalen setzen dagegen und werfen dem BdL vor, er gehe davon aus, *dass konservative Partei im BdL steckt, der BdL in der konservativen Partei, dass der BdL zusammen mit den kirchlich Positiven die konservative Partei bildet, dass landwirtschaftliche Interessenpolitik und positives Christentum identisch sind*¹³.

Auch das Parteiprogramm des BdL von 1905 versucht, diese Perspektive zu rechtfertigen. *Der BdL erstrebt die Erhaltung und den Ausbau unserer heutigen Staatsordnung auf christlich-monarchischer Grundlage. Auf dem Boden einer gerechten und durchgreifenden Berücksichtigung der gesamten nationalen produktiven Arbeit stehend, bekämpft er das Ausblutungs-system des spekulativen Großkapitals zum Schutze der zahlreichen landwirtschaftlichen und gewerblichen Existenzen des Mittelstandes ...* Konkret wendet sich der BdL gegen *Warenhäuser und Konsumvereine*, tritt für den staatlichen Schutz der Landwirtschaft ein¹⁴. Der BdL sieht seine Wählerschaft in erster Linie in der Landwirtschaft, wo neben wenigen Großagrariern die Masse der Klein- und Nebenerwerbsbauern steht, der abhängigen Lohnarbeiter, die sich alle mit ihren Familien nur mühsam durchs Leben schlagen können. Die andere Zielgruppe ist das Kleinbürgertum, die Handwerksmeister im Ein-Mann-Betrieb, die kleinen Gewerbetreibenden, die Krämer und Kleinhändler, also das traditionelle städtische untere Bürgertum, das den untergehenden Privilegien des Gemeindebürgers nachtrauert, der vom Staatsbürger abgelöst worden ist, die keineswegs immer rosige Vergangenheit verklärt, um daraus Ansprüche abzuleiten, etwa auf „standesgemäße Nahrung“, auf Abwehr der Gefahr der Proletarisierung, auf anerkannten sozialen Status. Die Unzufriedenheit des un-

teren Mittelstandes in den Städten führt zu Antikapitalismus und Antisemitismus: Der „jüdische Großkapitalist“ wird zum Sündenbock.

Die wegen der nur zaghaft beginnenden Industrialisierung und des relativ geringen Verstärterungsgrades gerade auch im Kraichgau ausgeprägte Protesthaltung wird zugespitzt durch einen populistischen Politiker, den Rechtsanwalt Otto Heinrich Schmidt. Seine negative Bedeutung für Bretten charakterisiert Theodor Harsch schon 1907: *Wie hat ein einziger in unserer Stadt es fertig gebracht, dass wir so weit gekommen sind!*¹⁵

Otto Heinrich Schmidt, 1873 in Heddesheim Amt Weinheim geboren, studiert Jura in Heidelberg und Straßburg. 1895 macht er sein erstes Staatsexamen, wird jedoch nach eigenen Angaben wegen seiner BdL-Wahlagitation in Weinheim erst später in den Vorbereitungsdienst übernommen, u.a. beim Amtsgericht Bretten, *wo ich den Entschluß fasste, mich nach dem Referendärexamen hier als Rechtsanwalt niederzulassen*¹⁶. Seit dem 1. Oktober 1900 arbeitet er in Bretten als Rechtsanwalt. Schon im November wird er zum zweiten Vorsitzenden der „Gesellschaft Eintracht“ bestellt, beim Stiftungsfest des Turnvereins 1901 hält er die Festrede, beim Festbankett des Gesangsvereins „Frohsinn“ bringt er einen Toast auf das Haus Hohenzollern aus, im Frühjahr 1902 hält er einen Vortrag bei der Bezirksversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins, für dessen Mitglieder er unentgeltliche Rechtsberatung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vereinbart. Er macht sich also in der Amtstadt bekannt, beim liberalen Bürgertum wie bei den Bauern. Aber schon 1903 tritt er als Mitgleid des BdL auf, vor allem in den Wahlkämpfen zum badischen Landtag (Sieger: Theodor Harsch, nat.lib.) und zum Reichstag (Sieger in der Stichwahl: Valentin Müller, nat.lib.), wobei die Ergebnisse im ersten Wahlgang in Bretten bei 829 abgegebenen gültigen Stimmen 403 auf Müller, 207 auf Horten/SPD, 114 auf Lucke (Konservative und BdL) und 102 auf Mentzingen/Zentrum fallen. Mit dem Jahr 1903 beginnt die öffentliche politische Karriere Schmidts in Bretten.

Das Jahr 1905 fängt in Bretten mit der Wahl des Bürgermeisters an, nachdem Friedrich Withum am 9. Dezember 1904 gestorben ist. Der Gemeinderat hat, da sich *in Bretten kaum jemand finden werde, der das Amt übernehmen*

könnte, die Stelle landesweit ausgeschrieben. Dagegen ist *ein großer Teil des Bürgerausschusses der Ansicht, unbedingt einen Brettener als Kandidat zu nehmen*. Sein Kandidat, Heinrich Daniel Gillardon, Fabrikant, Korkschneiderei, setzt sich schließlich im zweiten Wahlgang gegen zwei auswärtige Verwaltungsfachleute durch. Damit siegt „die Opposition“ in Bretten über den Honoratiorenliberalismus. Offensichtlich haben Rechtsanwalt Schmidt und die von ihm beeinflusste, gerade gegründete „Ortsgruppe Bretten der deutschen Mittelstandsvereinigung“ organisatorisch Schützenhilfe geleistet.

Diese „Mittelstandsvereinigung“ hat im März 1905 angeblich über 100 Mitglieder. Ihr Programm, von Rechtsanwalt Schmidt in einem Vortrag referiert, will den Mittelstand stärken gegen das Großkapital, kämpft gegen die *Vermehrung der Enteigneten und Enterbten*. Das *Großkapital* ist danach *international und vaterlandslos*, der Mittelstand dagegen *der berufene Träger des nationalen Geistes*¹⁷. Während die liberalen Parteien den Kapitalismus fördern, ist der Mittelstand gegen Warenhäuser und Konsumgenossenschaften. Schmidt, inzwischen in den Bürgerausschuss gewählt, trägt in einer Versammlung der Vereinigung seine Thesen zum Thema „Mittelstand und Warenhaus“ vor, er will eine hohe Warenhaussteuer als *Erdrosselungssteuer*. Und er brandmarkt *hiesige sogenannte bessere Familien* (d.h. Nationalliberale), die in auswärtigen Warenhäusern einkaufen, anstatt die mittelständischen kleinen Geschäfte am Ort zu stärken. Für die Nationalliberalen jedoch steht fest: *Die hiesige Mittelstandsvereinigung wurde offensichtlich zu nichts anderem ins Leben gerufen, als um dem BdL Vorspanndienst zu leisten*¹⁸.

Im September 1905 bereiten sich die Parteien auf die Landtagswahl vor. Nationalliberaler Kandidat ist Theodor Harsch, Rechtsanwalt Schmidt wird gemeinsamer Kandidat der Konservativen Partei und des BdL, unterstützt von der Mittelstandsvereinigung. Die Wahlkampfagitatorik wird mit allen Mitteln der Argumentation, besonders aber der Demagogie auf politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, konfessioneller und persönlicher Ebene geführt. Da im Großherzogtum zum ersten Male nach der Wahlrechtsreform direkt, also ohne den Umweg über Wahlmänner, gewählt wird, müssen die Konkurrenten jeden einzelnen Wähler ansprechen, ihn zur Identifikation (ver-)führen.

Während der eher konservativ orientierte „Evangelische Bund“ das *einheitliche Zusammengehen* der protestantischen Wählerschaft mit den Feindbildern „Ultramontanismus“ und „Sozialdemokratie“ beschwört¹⁹, hat es die katholische Seite trotz der Wahlhilfe eines Teils der Geistlichen, ihre Schäflein auf den konservativen Kandidaten festzulegen, schwer. Schlossermeister Gerweck setzt sich im Sinne des Beschlusses der Zentrumsführung für Schmidt ein, andere jedoch, wie die Stiftungsräte Simon Konanz und Pflästerermeister Josef Fritz, für Harsch²⁰. Im ersten Wahlgang liegt Harsch mit 1878 Stimmen vor Schmidt (1469), Gerweck (Zentrum) 707 und Zischer/SPD 664. Die Stichwahl dreht das erste Ergebnis um, obwohl die SPD sich für Harsch ausspricht; Schmidt erhält 2713, Harsch 2682 Stimmen im Wahlkreis Bretten. In den beiden Wahlbezirken der Stadt Bretten liegt zwar Harsch nach wie vor vorn, aber in zahlreichen Gemeinden des Amtsbezirks erzielt Schmidt hohe Ergebnisse, die die Wahl entscheiden. Bauerbach, Büchig, Neibsheim, im ersten Wahlgang Zentrumshochburgen, gehen fast ganz zu Schmidt über, Gondelsheim, Flehingen, Sickingen, Oberacker mit erheblichen Mehrheiten.²¹ Auf Schmidt fallen insgesamt 50,3 %, auf Harsch 49,7 % der Stimmen, ein sehr knappes Ergebnis. Die Wahlprüfung im Landtag bringt Unregelmäßigkeiten zu Tage, die Wahl wird für ungültig erklärt. Aber in einem neuen Wahlgang am 17. Februar 1906 wird Schmidt mit 52,6 % der abgegeben gültigen Stimmen bestätigt²². Er ist der einzige Abgeordnete des BdL im badischen Landtag, gehört keiner Parlamentsfraktion an. Durch seine antisemitischen, antkapitalistischen, antiliberalen Reden gelingt es ihm trotzdem, in der Presse – wenn auch ziemlich negativ – Schlagzeilen zu machen. Und im gesamten Großherzogtum verfestigt sich ein wenig schmeichelhaftes Bild von der Amtsstadt im Kraichgau. Die nationalliberale Partei leckt ihre Wunden, der jungliberale Bezirksverein übt herbe Kritik an innerparteilichen Differenzen und der Behäbigkeit der Brettener Bezirksleitung der Partei, ist jedoch mit ihr einig in der Zielsetzung, das Landtagsmandat zurückzugewinnen²³.

Inzwischen erscheint in Bretten eine dritte Zeitung, das „Süddeutsche Volksblatt“, das zum Sprachrohr Schmidts wird. Der politische Kampf erfolgt damit auf drei Ebenen, im Landtag, im städtischen Bürgerausschuss

wie im Gemeinderat und in der Presse. Das „Brettener Wochenblatt“ berichtet am 5. Mai 1908: *Der Straßburger Post wird von hier geschrieben: Der konservativ-bündlerische MdL Schmidt in Bretten, der erst kürzlich wegen standesunwürdigen Benehmens von der hiesigen (Karlsruher) Anwaltskammer zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt worden ist, hat auch in diesem Landtage wie im letzten ernstliche Zusammenstöße mit den Führern der nationalliberalen Fraktion gehabt, die ihm sein demagogisches Auftreten in Volksversammlungen wiederholt zum Vorwurf gemacht haben. Die schwerste Anklage gegen Schmidt erhebt heute der sozialdemokratische Abgeordnete Kollé im „Volksfreund“. Kollé wirft ihm politische Unmoral und Doppelzüngigkeit vor; er nennt Schmidt einen politischen Gaukler und versichert, dass in der badischen Politik seit langem kein Mann mehr aufgetreten sei, auf den die Charakteristik des Demagogen so gut passe, wie auf den Abgeordneten Schmidt.*¹²⁴ Dennoch schenkt die Mehrheit der Wähler bei den Reichstagswahlen 1907 dem bündlerischen Kandidaten Rupp, Landwirt aus Reichen, ihr Vertrauen¹²⁵, wobei die Stadt Bretten mehrheitlich für den Nationalliberalen Valentin Müller/Weinheim stimmt. Erst bei den letzten Landtagswahlen vor dem I. Weltkrieg im Jahre 1913 gelingt es den Brettener Nationalliberalen, Schmidt durch den Brettener Arzt Dr. Gerber abzulösen.

Bei den Bürgerausschusswahlen 1906 werden die Kandidaten gewählt, die auf den von den Nationalliberalen aufgestellten Listen stehen. Die Gewählten gehören jedoch verschiedenen Parteien an. In Klasse III wird z.B. Georg Zischer, Gießmeister bei der Firma W.Schmidt, bei der vorhergehenden Landtagswahl Kandidat der SPD, Vorstand der gemeinsamen Ortskrankenkasse Bretten, gewählt.

Am 23. Mai 1907 genehmigt der Bürgerausschuss mit Mehrheit den Rücktritt von Bürgermeister Heinrich Daniel Gillardon nach nur zweijähriger Amtszeit *aus Gesundheitsrücksichten*. Bürgerausschussmitglied O.H. Schmidt schiebt die Schuld für Gillardons Resignation sofort den Nationalliberalen zu, die den Mann der Mittelstandsvereinigung nicht unterstützt, ja ihm die Amtsführung erschwert habe. Wieder beginnt der Kampf um den Bürgermeistersessel; Sieger wird der von den Nationalliberalen unterstützte Baden-Badener Stadtratssekretär Otto Schemenau mit 51 gegen 15 Stimmen¹²⁶.

Entsprechend der „Großblockpolitik“ von Nationalliberalen und SPD im badischen Landtag seit 1905 (gegen das Zentrum) verbessert sich das Verhältnis der beiden Parteien in Bretten. Die SPD arbeitet auf zwei Ebenen: als Partei und in den Freien Gewerkschaften. Ein „Gewerkverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter Brettens“ schult seine Mitglieder, das „Gewerkschaftskartell“ hält eine vielbesuchte „Maifeier“ ab¹²⁷ und versucht, den Christlichen Gewerkschaften als Spaltpilzen der Arbeiterschaft die Existenzberechtigung abzusprechen¹²⁸, während der Christlich-soziale Arbeiterverband ebenso die Freien Gewerkschaften als Verhinderer der Einheit darstellt¹²⁹. Flugblätter und Versammlungen der Brettener SPD aktivieren Anhänger und motivieren zum Eintritt in die Partei. Während einer Bürgerausschusssitzung wünscht ein „Arbeitervertreter“, das Schulgeld an der Volksschule abzuschaffen - sicher nicht nur eine populäre, sondern vor allem bildungspolitisch bedeutsame Forderung. Große Aufmerksamkeit im gesamten bürgerlichen Lager und erhebliches Erstaunen bei den Protestanten schafft ein auf Einladung der SPD von Stadtpfarrer Pflüger aus Zürich gehaltenes Vortrag über den sozialen Hintergrund der Reformation, wobei sich Pfarrer Pflüger dazu bekannte, seinen Glauben mit den modernen und sozialistischen Anschauungen zu vereinbaren¹³⁰.

Die Brettener Zentrumsanhängerschaft ist ziemlich gespalten. Da gibt es eine Reihe von Sympathisanten der Nationalliberalen, die von der Geistlichkeit wegen ihrer liberalen Grundhaltung teilweise als kirchenuntreu betrachtet werden. Die Mehrheit der Katholiken geht das fatale Bündnis mit dem BdL und den Konservativen ein; das wiederum stößt ebenso auf den Widerstand des katholischen Stadtpfarrers Schad. Im Februar 1906 erklärt der Katholische Männerverein Bretten: *Wir als die berufenen Vertreter der Katholiken fragen Herrn Rechtsanwalt Schmidt nicht nach seiner Stellung (in der Frage der Wiederzulassung von Klöstern in Baden), sondern wählen ihn, auch wenn er unseren Standpunkt in dieser Frage nicht teilt, sondern wegen seiner vorzüglichen Stellung zu den Interessen der Bauern, Kleingewerbetreibenden, des Arbeiterstandes. Die Selbstsicherheit, als „berufene Vertreter der Katholiken“ aufzutreten, erscheint als Ausdruck der Abgrenzung gegenüber dem eigenen Pfarrer wie patriarchalischen Selbstbewusstseins. Weder die tatsächlichen politischen Ziele noch der rüde sprach-*

liche Umgang mit Andersdenkenden beeinflussen die Mitglieder des Vereins.

Wie kompliziert sich die Situation für den Pfarrer darstellt, zeigen die Stiftungsratsneuwahlen 1908. Erstmals ist als Wahllokal nicht die Sakristei der Kirche, sondern das Sitzungszimmer des Gemeinderats ausgesucht worden. *Das erregte die Animosität weniger politischer Heißsporne*, die daraufhin die Wahl beim Katholischen Oberstiftungsrat anfechten. *Bei der Wahlagitation wie bei der Wahl selbst hat sich der protestantische Rechtsanwalt Schmidt, bauernbündlerischer Abgeordneter des Bezirks, unangenehm bemerkbar gemacht. Dieser hatte auch zweifellos die Wahlanfechtung inspiert*¹³¹. Gewählt wird u.a. Pflasterermeister Josef Fritz, den wiederum das nationalliberale „Wochenblatt“ als *der liberalen Richtung*, nicht der nationalliberalen Partei, angehörend charakterisiert. Wenige Zeit später haben die drei „jüngeren Herren Heißsporne“ Schmidt und den BdL durchschaut und sind zu Stützen der katholischen Gemeinde geworden.

Auch die evangelische Kirchengemeinde muss ihre schlimmen Erfahrungen mit O.H.Schmidt machen. Im Januar 1907 erscheinen im „Süddeutschen Volksblatt“ zwei Artikel, in denen Stadtpfarrer Renz scharf angegriffen wird, er habe bei einer Festveranstaltung anlässlich des großherzoglichen Jubiläums die Unwahrheit über die Landwirtschaftspolitik des Großherzogs und seiner Regierung gesagt. Zur Charakterisierung des Pfarrers dienen dem Verfasser Schmidt nicht nur Formulierungen wie *Mit der Wahrheit nimmt er es nicht so genau*, sondern auch Kennzeichnungen wie *bösartiger Kern, Bösewicht, gewöhnlicher Heuchler, boshafter Intrigant*. Der Kirchengemeinderat ruft zu einer Protestversammlung gegen die unerhörte Verunglimpfung auf, sechs Gemeinderäte schließen sich dem Aufruf an, sogar Bürgermeister Gillardon, Mitglied der Mittelstandvereinigung und damit politischer Partner Schmidts, grenzt sich ab¹³². Dr. Gerber stellt fest, es gehe der Zeitung, d.h. den hinter ihr stehenden Herren, um die Zerstörung des Friedens in Familien und in der Stadt. Und Theodor Harsch erkennt: Renz wurde angegriffen, weil er nicht, wie manche seiner Amtsbrüder, sich in das Parteigetriebe der Wahlagitation eingelassen hat¹³³. Noch im Dezember 1908 setzt die Zeitung die Angriffe fort, so dass innerhalb der Kirchengemeinde eine „Landeskirchliche Vereinigung“ zur Unterstützung von

Pfarrer Renz gegründet wird. Dennoch gelingt es den „Bauernbündlern“ mit Hilfe der „Positiven“, also der kirchlich konservativen Mehrheit in der Kirchenversammlung, dort ihre Vertreter unterzubringen. Im Diözesanausschuss der Diözese (Kirchenbezirk) Bretten sitzen 1913 O.H.Schmidt, MdL, Gemeinderat Petri und Gemeinderat Müller¹³⁴. Aber für die Wahlen zur Kirchengemeindeversammlung, bei denen es eine gemeinsame Kandidatenliste der „Positiven“ und der „Liberalen“ gibt, werden auffälligerweise besonders *die Namen von Leuten gestrichen, die als Wahlagitation für den BdL bei jeder Gelegenheit eine große Rolle spielen*¹³⁵. Nationalliberaler Kommentar zum Wählerverhalten: *Solche Leute gehören nicht in die Kirchenversammlung*.

Einem landesweit hörbaren Paukenschlag gleichen die Ergebnisse der Wahlen zum Bürgerausschuss des Jahres 1909. Schon im Vorfeld bereitet sich das unerhörte Ereignis vor. Zum einen werden dem Wähler zwei statt der gewohnten einen Liste vorgelegt, die Liste der Nationalliberalen und eine neue der „bürgerlichen Opposition“. Zum andern wird der Wahlkampf nicht allein um die Sitze im Bürgerausschuss geführt, sondern vor allem als Urteil über Bürgermeister Schemenau, der als Mann der Nationalliberalen verteidigt bzw. angegriffen wird. Nur in der I.Klasse der Höchstbesteuerten siegt die nationalliberale Liste, die zweite und die dritte Klasse gehen an die „Opposition“. Ihre Vertreter sind acht Handwerksmeister, zwei Landwirte, je ein Bauunternehmer und ein Hauptlehrer. In der - nicht gewählten - I.Klasse stehen auf der Oppositionsliste sechs Fabrikanten, vier Kaufleute, drei Wirte. Die „Opposition“ besteht also keineswegs nur aus „Bündlern“, im Gegenteil, sie vereinigt alle Unzufriedenen des Bürgertums. Lediglich in der III. Klasse liegt das Schwergewicht beim BdL, dem sich auch zahlreiche Arbeiter anschließen; ein ausgewiesener Sozialdemokrat wird auf dieser Liste gewählt. Da nur die Hälfte der Bürgerausschussmitglieder zur Wahl stand, die Nationalliberalen vorher eine große Mehrheit besessen haben, bleiben diese nach wie vor im Bürgerausschuss führend, aber die Opposition ist stark geworden (Nat.lib.:39; Opposition 20; SPD: 1).

In der örtlichen wie in der südwestdeutschen Presse wird das Brettener Wahlergebnis rege analysiert und kommentiert. Neben persönlichen Animositäten werden *Missstimmungen*

wegen der neuen Vermögenssteuer, Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Geschäftslage genannt¹³⁶. Die „Badische Landeszeitung“¹³⁷ erkennt *weniger allgemeine politische Gründe für die nationalliberale Niederlage, sondern eine rein kommunale Angelegenheit*. Damit rückt Bürgermeister Schemenau in den Mittelpunkt der Kritik, sowohl wegen seiner *vielleicht manchmal etwas zu strammen* Art der Menschenführung, als auch und besonders wegen seiner kommunalpolitischen Initiativen, die sich in den Augen seiner Gegner vornehmlich als städtische Schulden, Erhöhung der Umlage und der Abgaben darstellen. Sie kreiden ihm die Erhöhung des „Wasserzinses“ an, einen Erweiterungsbau der Volksschule, Kosten für die Gewerbeschule, Vermehrung der Zahl der städtischen Beamten. Die Opposition steht damit für ausgesprochen konservatives Denken. Der sozialdemokratischen Presse bedeutet die Wahl *einen Markstein auf dem Wege der Emanzipation*¹³⁸. Das „Süddeutsche Volksblatt“ dagegen spricht seine Genugtuung aus über *den Sieg der Bündler*¹³⁹. Ganz sicher sind die „Bündler“ ihres breitgefächerten Anhangs offenbar nicht, denn im Februar 1912 rufen sie zur Gründung einer „bürgerlichen Vereinigung“ auf, die das Ziel verfolgen soll, *dafür zu sorgen, dass bei künftigen Bürgerausschusswahlen nicht die Politik, sondern wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund gestellt werden*. Die „Brettener Sonntagszeitung“ kommentiert: Die Vereinigung sei nur angeblich politisch neutral, *denn unwillkürlich musste man bei einem Blick auf den Vorstandstisch ausrufen: Ö Heinrich mir graut vor dir wenn ich dich in diesem Kreise seh! Bündler rechts und links von dir, ein Neutraler nur in deiner Näh!*¹⁴⁰.

Unter der Bezeichnung „Bürgerliche Vereinigung“ oder „Bürgerverein“ konkurriert die bisherige Opposition aus BdL, Konservativen und Zentrum mit der „Arbeiterliste“ und dem aus nationalliberalen und „Fortschrittlicher Volkspartei“ gebildeten „Vereinigten liberalen Wahlausschuß“. In der Nachfolge des „Freisinn“ als linksliberale Kraft blüht die „Fortschrittliche Volkspartei“ auf, die 1913 in Bretten eine rege Versammlungstätigkeit entwickelt. Sie plädiert für mehr Gerechtigkeit gegenüber den Arbeitern, ihre Mitbestimmung in Großbetrieben, insgesamt die Beseitigung der Klassengegensätze. Landesweit schließt sie ein Wahlabkommen mit der nationalliberalen Partei für die Hauptwahlen und, unter Einschluss der SPD, für eventuelle Stichwahlen.

Der „Bürgerverein“ hat in seinem Wahlprogramm keineswegs nur wirtschaftliche Themen aufgenommen, er fordert auch *Gerechtigkeit und kulturellen Fortschritt*, sogar den Zuzug auswärtiger Industrie und eine Zugverbindung Bretten - Pforzheim. Die „Arbeiterliste“ spricht sich für *gesunden Fortschritt* aus und betont: *Die beste Volksschule ist für unsere Kinder gerade gut genug*. Die Liberalen bleiben bei ihren alten Slogans *Gesamtinteresse der Stadt, bürgerlicher, gesellschaftlicher und professioneller Frieden in der Stadt, fortschrittliche soziale Stadtverwaltung*¹⁴¹. Im Bürgerausschuss sitzen als Ergebnis der Wahl 33 Liberale, 33 Bürgervereiner, sechs Arbeitervertreter. Aus der I. Klasse kommen zwei Liberale und ein Bürgervereiner, aus der II. Klasse drei Bürgervereiner, zwei Liberale ein Arbeitervertreter, und aus der III. Klasse sechs Bürgervereiner, drei Arbeitervertreter und drei Liberale. Die Angehörigen der drei Steuerklassen bleiben also bei ihren Parteipräferenzen wie in den vorausgehenden Wahlen. Die Liberalen haben ihre Mehrheit im Bürgerausschuss verloren, die sie nur durch die Zusammenarbeit mit der SPD politisch fortsetzen können. Da die Gemeinderäte vom Bürgerausschuss und den bisherigen Gemeinderäten nach dem neuen Verhältniswahlrecht gewählt werden und die Liberalen mit der SPD ein Wahlabkommen treffen, sitzen fortan sieben Liberale, vier Bürgervereiner und ein Sozialdemokrat im Stadtrat. Er, der liberale Bürgermeister und der Bürgerausschuss bestimmen die Kommunalpolitik der nächsten sieben Jahre, da während des I. Weltkrieges keine Wahlen stattfinden.

Die heißesten Debatten finden im Bürgerausschuss statt. Die „Bürgervereinigung“, an der Spitze O.H.Schmidt, agitiert unentwegt gegen den Bürgermeister, wirft ihm eine 80 %ige Steigerung der städtischen Ausgaben vor, die nur zu einer höheren Belastung der Bürger führe. Dagegen rechnet der Liberale Dr.Gerber vor: Bei 279 000 Mark Ausgaben im Haushaltanschlag 1913 betragen die von der „Bürgervereinigung“ beanstandeten Posten, erhöhte Ausgaben für Schulen, Gasbeleuchtung der Straßen und Gehälter städtischer Beamter gerade mal 6 700 Mark; das Nein zum Haushalt sei also *lächerlich, schwarz-malerisch, demagogisch*¹⁴².

Ein Thema, für das der Bürgerausschuss überhaupt nicht zuständig ist, beherrscht mehrere seiner Sitzungen. Der „Bürgerverein“ bean-

trägt eine „Warenhaussteuer“ als Ersatz für die gesetzliche Vorschrift, Filialgeschäfte nicht für die kommunale Umlage heranzuziehen. Der BdL bekämpft die (oft jüdischen) Warenhäuser zum Schutze des durch die großkapitalistischen Unternehmen bedrohten gewerblichen Mittelstandes¹⁴³. Der BdL nimmt damit zwar einen seit Jahren in der Vorweihnachtszeit wiederkehrenden Appell des Brettener Einzelhandels auf: *Kauft am Ort!* - nicht in Karlsruhe. Der BdL muss sich aber auch vorwerfen lassen, mit seiner Gesetzesforderung ebenfalls Brettener Geschäfte zu belasten. Im Übrigen sei, so verlauten die Liberalen, das Ganze nur Werbung für Schmidt, der im Hinblick auf die nächsten Landtagswahlen den hiesigen Geschäftsleuten zeigen wolle, *wie gut und ehrlich er es mit ihnen meint*¹⁴⁴. In Bretten wird die Kampagne unter dem Stichwort „Pfannkuchsteuer“ geführt und löst eine Flut von Leserbriefen und Kommentaren aus, die der Frage nachgehen: Wer kauft - wer nicht - bei Pfannkuch? Die Bürgervereiner beobachten die Ehefrauen der liberalen Herren dort, die wiederum entdecken, dass selbst O.H.Schmidts Frau sich dort bedienen lässt. Schmidt wehrt sich gegen diesen Beweis der Unglaubwürdigkeit, indem er zunächst zugesteht, dass möglicherweise eines seiner beiden Dienstmädchen mal bei Pfannkuch war, später jedoch erklärt er, keines habe je dort eingekauft¹⁴⁵. Das „Markgräfler Tageblatt“ kommentiert: *Es wäre wirklich schrecklich gewesen, wenn ein Dienstmädchen des Abg.Schmidt in dem von den Bündlern boykottierten Pfannkuchschen Geschäft eingekauft hätte. Aber H.Schmidt hat gottlob die politische Ehre seines Dienstmädchens noch retten können*¹⁴⁶. Anders als mit Ironie kann der Kleinstadtposse nicht begegnet werden.

Harmlos verläuft das Leben in Bretten allerdings nicht. Gestützt auf die Ortsverwaltung Karlsruhe des Metallarbeiterverbandes streiken Schleifer der Firma M.A.Lämle wegen Lohnabzügen ab Juni 1913 vier Wochen lang. Da sie schließlich die Bedingungen der Unternehmensleitung akzeptieren, werden sie - nach der Landtagswahl - im „Süddeutschen Volksblatt“ beschimpft, sie hätten *die Knute geküsst, von der sie gezüchtigt wurden*¹⁴⁷. Den Stimmenzuwachs für die Nationalliberalen bei den Landtagswahlen schreibt der BdL der Arbeiterschaft zu.

Zu einer Schlacht mit allen Waffen führt der Wahlkampf zum Landtag 1913. Gegen den wieder kandidierenden O.H.Schmidt stellen die

liberalen Blockparteien den Brettener prakt. Arzt Dr. Gerber auf. *Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!* verkündet das bündlerische Süddeutsche Volksblatt, *Der liberale Kandidat hält ganz zum Sozzenblock*¹⁴⁸. Dagegen werfen die Liberalen Schmidt vor, den *krassesten Materialismus* zu predigen. Mehrere evangelische und katholische Pfarrer aus der Umgebung Bretzens setzen sich für Schmidt ein, ebenso der auf Initiative Schmidts 1909 vom „Kriegerverein“ abgespaltene „Militärverein“.

Das Ergebnis der Hauptwahl lautet für Brettenstadt: 592 Stimmen für Dr. Gerber, 304 für Schmidt, 154 für Böttger/SPD. Im gesamten Brettener Wahlkreis: 2615 für Schmidt, 2115 für Dr. Gerber und 979 für Böttger. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat, ist eine Stichwahl nötig, bei der die SPD gemäß dem Wahlabkommen dazu aufruft, Dr. Gerber zu wählen. Je näher der Wahltag rückt, desto schärfer wird die Auseinandersetzung, von Beschimpfungen unter der Gürtellinie bis zu Klagen und Gegenklagen vor Gericht. Hauptangriffsziele des BdL sind die Person Dr. Gerbers und das Wahlbündnis mit den „Sozis“. Der Großblock wirft Schmidt Scheinheiligkeit, Materialismus statt der vorgegaukelten Christlichkeit, persönliche Gehässigkeit, schamlose Heuchelei u.v.a. vor. Im Leitartikel der Brettener Sonntagszeitung wird zusammengefasst: *In keinem Wahlkreis wurde so heiß und zäh gerungen*¹⁴⁹. Die Stichwahl wendet das Blatt. Dr. Gerber siegt mit 3292 Stimmen über Schmidt (3012). Wie in vorausgehenden Wahlen fallen die katholisch geprägten Gemeinden als treue Wähler des Bündnisses BdL, Konservative und Zentrum auf, Gondelsheim und Wössingen dagegen stimmen mit großen Mehrheiten für den Großblock. Mit dem Ergebnis ist *einer der unsympathischsten Vertreter extrem agrarischer und reaktionärer Ideen*¹⁵⁰ von der Landesbühne verschwunden, *dessen Ausscheiden aber kaum als ein sehr großer Verlust eingeschätzt werden wird*¹⁵¹. Und das Heidelberger Tageblatt schätzt die Abwahl Schmidts ein als *Verdammungsurteil über jahrelange unerträgliche Demagogie*¹⁵². Verständlicherweise reagiert das Süddeutsche Volksblatt enttäuscht, findet die Schuldigen an der Niederlage in den Arbeitern, die vor allem in Bretten, Wössingen, Menzingen, Unteröwisheim und Stein eine klägliche Rolle gespielt hätten¹⁵³. Sie folgert: *Wer hat in Bretten gewonnen? - Das Bier, das den Arbeitern versprochen und auch gegeben wurde!*¹⁵⁴. So nah beieinander liegen Stimmenfang und Wählerbeschimpfung.

Mit der dargestellten parteipolitischen Konstellation geht Bretten in den I. Weltkrieg Teilweise unter verändertem Namen beginnt so ähnlich auch die Zeit der Weimarer Republik¹⁵⁵. Die SPD unter Führung des Schlossers Josef Munding hat eine stabile Stammwählerschaft von 20 %, das nunmehr in Bretten organisierte Zentrum 10 %. In den beiden Führungsfiguren der Hauptkontrahenten ist die weitere Entwicklung des Parteiwesens in Bretten geradezu verkörpert. Der Nationalliberale Dr. Gerber geht mit seiner Anhängerschaft in die Deutsche Demokratische Partei (DDP), nach deren Niedergang in die Deutsche Volkspartei (DVP), beides liberale Parteien, wobei die DVP deutlich

nationalere Töne anstimmt. Rechtsanwalt Schmidt wendet sich dem Nachfolge-Interessenverband „Landbund“ zu, der politisch in der republik- und demokratiefeindlichen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) aufgeht, und tritt 1931 zur NSDAP über. Beide Laufbahnen sind bestimmt nicht Ergebnisse von Notwendigkeiten, aber sie spiegeln Ähnlichkeiten einer Entwicklung. Insgesamt ist für den Beobachtungszeitraum nicht von einer Demokratisierung des politischen Systems und der Gesellschaft in Bretten zu sprechen. Wohl aber von einer deutlich verstärkten Teilnahme der Bevölkerung an der politischen Willensbildung, von einer Zunahme des Grads ihrer Politisierung.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Ritter, Gerhard A., Die deutschen Parteien 1830 - 1914, Göttingen 1985, S.10
- 2 Vgl. Langewiesche, Dieter, Die Anfänge der deutschen Parteien; in: Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, S.325
- 3 Straub, Alfred, Geschichte der Stadt Bretten in neuerer Zeit. Brettener stadtgeschichtliche Veröffentlichungen, hg. Stadt Bretten, Bd.3, Bretten 1990
- 4 Withum, Friedrich, Bretten. Erinnerungsblätter aus 2000 Jahren. Bretten 1902
- 5 Schlörer, Heinrich, Brettener Revolutionsgeschichte 1848-49. In: Der Pfeiferturm 1934 - 36. Neu bearbeitet von Michael Ertz erschienen die Fortsetzungsartikel 1998.
- 6 Ebert, Hansjörg, Die Machtergreifung des Nationalsozialismus in der badischen Kleinstadt Bretten. Maschinenschrift Stadtarchiv Bretten
- 7 Vgl. Straub, wie Anm.3, S.215; und Ertz, Michael, Geschichte der Bürgerwehr der Stadt Bretten, Bretten 1994, S.98 ff.
- 8 Vgl. Martin, Wolfgang, Geschichte und Geschichtsbilder auf dem Weg zum heutigen Peter-und-Paulsfest in Bretten. In: Brettener Jahrbuch für Kultur und Geschichte, NF 3, Bretten 2003, S.104 - 129; hier S. 113-115
- 9 Vgl. Straub, wie Anm.3, S.218
- 10 Erst aus späteren Jahren sind einzelne (Vorstands-) Mitglieder bekannt. Ein Verzeichnis der Bücher und Pressetitel fehlt ebenfalls.
- 11 Vgl. Hug, Wolfgang, Geschichte Badens, Stgt. 1992, S.238
- 12 Großherzoglich badisches Regierungsblatt Nr.26 vom 1.August 1807; Stadtarchiv Bretten
- 13 Wie Anm.12; Nr.51 vom 16.Dezember 1809; Beiträge B; Stadtarchiv Bretten
- 14 Wie Anm.12
- 15 Gall, Lothar, Gründung und Entwicklung des Großherzogtums bis 1848; in: Badische Geschichte, hg. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stgt.1979, S. 11-36; hier S.20
- 16 Vgl. Stiefel, Karl, Baden, Bd.1 Karlsruhe 1978, S.259 ff.
- 17 Regierungsblatt 24.Dezember 1818 : Wahlordnung. S.1455-1460
- 18 Regierungsblatt Nr.26 vom 1.August 1807, S.327
- 19 Wie Anm.11
- 20 Wie Anm.15, S.32
- 21 Wie Anm.15, S.32
- 22 Wie Anm. 16, S.470 f.
- 23 Stadtarchiv Bretten A 489
- 24 Stadtarchiv Bretten A 488
- 25 Nolte, Paul, Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800 - 1850. Tradition - Radikalismus - Republik. Göttingen 1994. Und: ders. Gemeindeliberalismus. Hist.Zeitschrift Bd 252, S.57- 93
- 26 MAZ Nr.243 vom 11.Okt. 1844. Eine Textkopie verdanke ich Prof.Paul Nolte, Bremen, der das Ereignis in den in Anm.25 genannten Werken erwähnt.
- 27 Johann Jakob Groll, geb.1793, Seilermeister. S. Namensliste der Brettener Bürgermeister
- 28 Martin, Wolfgang, Geschichte und Geschichtsbilder auf dem Weg zum heutigen Peter- und Paulsfest in Bretten. Brettener Jahrbuch für Kultur und Geschichte, NF 3, 2003, S.105-129; hier S. 114

- 29 Straub, wie Anm.3, S.220
- 30 Becht, Hans-Peter, Die zweite badische Kammer und ihre Mitglieder 1819-1841/42, Hdbg.1985, S.283 f.
- 31 Becht, wie Anm.30, S. 260
- 32 Gall, wie Anm. 15,
- 33 Hug, wie Anm. 11, S.238
- 34 Straub, wie Anm.3, S.220
- 35 Stadtarchiv Bretten, A 2513
- 36 Stadtarchiv Bretten, A 2513
- 37 Gutsbesitzer des Schwarzerdhofs, der bis in die 1830er Jahre „Eicheleshof“ hieß und von Wilhelm Paravicini, einem großen Verehrer Philipp Melanchthons, ihm zu Ehren den Namen „Schwarzerdhof“ erhielt. Brettener Wochenblatt 1897, 19.Februar. Stadtarchiv Bretten.
- 38 Rentner, Privatier
- 39 Straub, wie Anm.3, S.221-240
- 40 Schlörer, wie Anm.5
- 41 In : Ertz, wie Anm.5, S.14
- 42 Gall, wie Anm.15, S.33
- 43 Hug, wie Anm.11, S.243
- 44 In : Ertz, wie Anm.5, S.104
- 45 Vgl. Hochstuhl, Kurt, Sulzfelder Ortsgeschichte, 1997
- 46 Turn -Zeitung 1. JG. Karlsruhe 1846, hg.Karl Euler und Dr.Lamey, Nr.11, November 1846, S. 164
- 47 Ertz, wie Anm.5, S.44
- 48 Hug, wie Anm.11, S.256
- 49 Straub, wie Anm.3 S.239
- 50 Ertz, wie Anm.5, S. 151
- 51 Beutenmüller, Josef, Bürgermeister von Oktober 1848 bis Oktober 1851. In: Ertz, wie Anm.5, S.116
- 52 Hug, wie Anm.11, S.262
- 53 Stüefel, wie Anm.16, S.311
- 54 Hug, wie Anm. 11, S.271
- 55 Kath.Pfarrarchiv Bretten, Pfarrchronik, S.95
- 56 Wie Anm.55, S. 67-72
- 57 Becker, Josef, Der badische Kulturkampf und die Problematik des Liberalismus. In: Badische Geschichte, wie Anm. 15, S.100
- 58 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd.3, (1849-1914); 1995, S. 125 und S. 377-381
- 59 Vgl.das Kapitel bei Straub, wie Anm.3, S.241 - 255
- 60 Straub, wie Anm.3, S.268 ff.
- 61 Leserbrief im Brettener Wochenblatt (BWB), 1878,24.Januar; Stadtarchiv Bretten
- 62 BWB 1878, 22.Mai
- 63 BWB 1878, 29.Juni 05
- 64 Wie Anm. 62
- 65 BWB 1879, 23. September
- 66 BWB 1879, 14.Januar
- 67 BWB 1878, 10. September
- 68 Zum Folgenden : Wehler, wie Anm. 58, S.548 ff.
- 69 Straub, wie Anm.3, S. 225
- 70 BWB 1890, 1. März
- 71 BWB 1890, 1. April
- 72 BWB 1888, 19. Oktober
- 73 BWB 1888, 1. November
- 74 BWB Nr.117,1887, 29.September, S.2
- 75 BWB Nr.120, 1887, 6. Oktober, S.3
- 76 BWB Nr. 121, 1887, 8.Oktober, S.2
- 77 Ritter , wie Anm.1, S.22 f.
- 78 BWB 1891, 23. August
- 79 BWB 1891, 15. September
- 80 Kath .Pfarrarchiv Bretten XVII a und Verkündbuch 1899-1904, hier: 1902, 30.November
- 81 BWB Nr.142, 1892, 26.November
- 82 BWB Nr. 111, 1891, 15.September
- 83 Wieland, Markus M., Die Anfänge der SPD im Kraichgau bis zum ersten Weltkrieg. In : Kraichgau, Folge 17, 2002, und: Stetzenbach, Eugen, in: 75 Jahre SPD Bretten (1978)
- 84 Nach Wieland, Anm.83, S.84 bzw. S.15
- 85 BWB Nr.18, 1890, 11. Februar
- 86 BWB Nr.23, 1890, 22. Februar
- 87 Wehler, wie Anm 58, S.1172 ff.
- 88 BWB Nr. 105, 1890, 2. September
- 89 BWB Nr.120, 1890, 7. Oktober
- 90 BWB 1890, 4. Februar
- 91 BWB Nr.20, 1890, 15. Februar

- 92 BWB 1890, 22. Februar
- 93 BWB 1892, 6. Oktober
- 94 BWB 1906, 25. Februar; 12. Mai; 23. August bzw. 25. November
- 95 BWB 1891, 1. und 27. November
- 96 BWB 1891, 16. Mai
- 97 BWB 1893, 27. Juni
- 98 Vgl. Straub, wie Anm. 3; S.195-200; S.222-225 ;
Und: Martin, Wolfgang, Christliche und jüdische
Brettener im Nebeneinander, Miteinander und
Gegeneinander; Vortragsmanuskript 2002
- 99 Stude, Jürgen, Geschichte der Juden im Landkreis
Karlsruhe, hg. Landkreis Karlsruhe, 1990, S.131
- 100 Stude, wie Anm.99, S. 133
- 101 BWB Nr.70, 1893, 13. Juni
- 102 BWB 1895, 3. Oktober
- 103 BWB 1893, 15. und 20. Juni
- 104 Stude, wie Anm. 99, S.121 f.
- 105 Vgl. Ritter, wie Anm 1, S. 23 f.
- 106 BWB Nr.41, 1893, 6. April, S.2
- 107 BWB Nr.63, 1893, 27. Mai
- 108 BWB 1894, 24. März
- 109 Stadtarchiv Bretten, A 2515
- 110 BWB 1903, 28. Mai
- 111 BWB 1903, 6. Juni
- 112 BWB 1903, 25. Juni
- 113 BWB 1903, 8. Juli
- 114 Roth , Adolf, und Thorbecke, Paul,
Landtagshandbuch.. Die badischen Landstände,
insbes. Die II.Kammer; Karlsruhe 1907, S. 159 f.
- 115 BWB 1907, 31. Januar
- 116 BWB 1905, 16. November
- 117 BWB 1905, 21. März
- 118 BWB 1905, 30. September
- 119 BWB 1905, 3. Oktober
- 120 BWB 1905, 24. und 28. Oktober
- 121 BWB 1905, 29. Oktober
- 122 Roth, wie Anm. 114, S.220
- 123 BWB 1906, 18. November
- 124 BWB 1908, 5. Mai
- 125 BWB 1907, 27. Januar
- 126 BWB 1907, 25. Mai
- 127 BWB 1907, 8. Mai
- 128 BWB 1907, 15. November
- 129 BWB 1907, 29. September
- 130 BWB 1907, 16. Dezember
- 131 Kath.Pfarrarchiv Bretten, Pfarrchronik, S.134 f.
- 132 BWB 1907, 29. Januar
- 133 BWB 1907, 31. Januar
- 134 BWB 1913, 4. Mai
- 135 BWB 1913, 18. Januar
- 136 Bruchsaler Zeitung, 6. April 1909:
Stadtarchiv Bretten A 373
- 137 Nr.173, 17. April 1909 : Stadtarchiv Bretten A 373
- 138 (Mannheimer) Volksstimme 5. April 1909,
Stadtarchiv Bretten A 373
- 139 Süddt.Volksblatt (Bretten) 10. April 1909
- 140 Brettener Sonntagszeitung v.18.Februar 1912;
Stadtarchiv Bretten A 374
- 141 Flugzettel; Stadtarchiv Bretten A 374
- 142 BWB 1913, 2. März
- 143 Süddt.Volksblatt 1913, 19. April
- 144 BWB 1913, 6. April
- 145 Süddt.Volksblatt 1913, 11. März
- 146 Zitiert in: Brettener Sonntagszeitung 1913,
27. April
- 147 Süddt.Volksblatt 1913, 1. November
- 148 Süddt.Volksblatt 1913, 21. Oktober
- 149 Brettener Sonntagszeitung 1913, 5. November
- 150 Badischer Landesbote, zitiert in
Brettener Sonntagszeitung 1913, 5. November
- 151 Schwäbischer Merkur, zit .wie Anm.150,
- 152 Zur weiteren politischen Laufbahn von
RA Schmidt vgl. Straub, wie Anm.3, S. 304 .
Am 30. Juli 1945 wird er aus der Haft entlassen
und verzieht nach Weinheim. Stadtarchiv Bretten.
- 153 Süddt.Volksblatt 1913, 1. November
- 154 Süddt.Volksblatt 1913, 18. November
- 155 Vgl. dazu Ebert, wie Anm.6

Bürgermeister in Bretten von 1803 - 1918

1803 Ewinger, Jakob
 1804 Gaum, Ludwig;
 Ehlgötz, Caspar;
 Ehlgötz, Johann
 1806/7 Benkert, Gustav; Gaum
 1808 Ewinger
 1809 Bechtold, Johann Leonhard,
 bisher Anwalt,
 jetzt Oberbürgermeister;
 1810 Bechtold OB; Gaum , BM
 1811 Dieterich OB; Gaum BM;
 Krämer BM
 1812 Dieterich OB; Krämer BM
 1813 Dieterich OB; Benkert BM;
 Gaum BM
 1814 Schlitter, Richard, BM
 1815-20 Ewinger; Hesselbacher,
 Alexander; Benkert
 1820-22 Groll, Jakob; Ewinger;
 Hesselbacher;
 Ehlgötz, Alexander
 1823 Ehlgötz, Alexander
 1824 Ewinger; Groll; Hesselbacher
 1825 Ewinger; Groll
 1826 Ewinger; Groll; Ehlgötz
 1827 Ewinger; Ehlgötz
 1828/9 Hesselbacher; Ewinger
 1830 Hesselbacher; Barth, Josef
 1831 Groll; Barth; Ewinger
 1832 Groll; Gaum
 1832-44 Martin, Anton
 1844-48 Groll, Jakob
 1848-50 Beuttenmüller, Josef
 1850-64 Groll, Jakob
 1864-76 Paravicini, Ludwig
 1876-91 Herzer, Christoph
 1891-1904 Withum, Friedrich
 1905-07 Gillardon, Heinrich Daniel
 1907-33 Schemenau, Otto Karl
 Stadtarchiv Bretten, Archivverzeichnis.
 Und: Beuttenmüller, Otto, ms.

Abgeordnete des Wahlbezirks Bretten im badischen Landtag

1819-1820 Schühle, Vogt, Zaisenhausen
 1822-1823 Baumgärtner, Karl, Regierungs
 direktor, Durlach-Rastatt
 1825-1830 Beuttenmüller, Josef, Bretten,
 (liberal)
 1831-1846 Regenauer, Franz Anton,
 Karlsruhe (konservativ)
 1847-1850 Itzstein, Adam von, Mannheim
 (liberal; 1848 Abg. in der
 Deutschen Nationalver-
 sammlung in Frankfurt)
 1850 Welcker, Karl Theodor, Prof.
 Karlsruhe (kons.)
 1851-1878 Paravicini, Ludwig, Bretten lib.)
 1879-1886 Walz, Jakob, Gondelsheim (lib)
 1887-1903 Kögler, Georg, Bretten (nat.lib.)
 1903-1905 Harsch, Theodor, Bretten
 (nat.lib.)
 1906-1913 Schmidt, Otto Heinrich, Bretten,
 Bund der Landwirte
 1913-1918 Gerber, Dr. Guido, Bretten
 (nat.lib.)

Abgeordnete im Deutschen Reichstag :

1871 Paravicini, Ludwig, Bretten
 (nat.lib)
 1878 Kiefer, Oberstaatsanwalt,
 Mannheim (nat.lib.)
 1887 Douglas, Graf Wilhelm,
 Gondelsheim (dt.kons.)
 1898 Lucke, Karl, Patershausen
 (Bund der Landwirte)
 1903 Müller, Valentin, Weinheim,
 (nat.lib.)
 1912 Rupp, Johann, Reihen,
 (Bund der Landwirte)